

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jeden Werktages. Abonnementpreis mit Illustr. Beilage „Wolk u. Zeit“ frei Haus pro Woche - Montag bis Sonnabend - 50 Reichspf. Einzelverkaufspr. 10 Reichspf.

Redaktion: Johannisstraße 46
Fernruf: 25351-53

Anzeigenpreis für die achtspaltige Zeile ober dem Raum 30 Reichspfennige. - - Versammlungs-, Vereins-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Reichspfennige. - - Reklamen 100 Reichspfennige

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46
Fernruf: 25351-53



Lübecker

Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 262

Dienstag, 8. November 1927

34. Jahrgang

Am Leben verzweifelt

Von unserem Berliner Korrespondenten

Berlin, 7. November (Eig. Bericht)

Das sind die Tatsachen: Drei junge Männer, lebenslustig, intelligent, kommen am Sonntag nachmittag in die Wohnung des ältesten Freundes, trafen mit den Familienangehörigen Kaffee, spielen auf der Laute. Gegen Abend begeben sie sich ins Wohnzimmer und erschließen sich. Einer nach dem andern. Nach den ersten beiden Schüssen will die Mutter ins Zimmer dringen. Der jüngste der drei Freunde hält mit der linken Hand die Tür zu, mit der rechten feilt er den Revolver an die Schläfe und drückt ab.

Die Grünauer Straße in Köpenick, in der diese Tragödie sich ereignet hat, ist eine jener eintönigen Kleinstadtstraßen, wie man sie in den älteren Vororten Berlins noch vielfach findet. An der Ecke die Kneipe, hier und da ein kleiner Kramladen oder ein Barbiergehäst. Im vierten Stock der Nummer 29 wohnt schon seit 20 Jahren Familie Haack. Die eine Hälfte der Etage wird vom Boden eingenommen, in die andere Hälfte teilt sich die Mutter mit den Familien der verheirateten Kinder. Albert Haack, 25 Jahre alt, mit der Tochter eines Arbeiters verlobt, hat zusammen mit der Mutter ein Zimmer inne. Eine ansehnliche Bücherammlung zieht man, vor allem russische Literatur, Gorki, Dostojewski, neuere Dichtungen. Haack ist in der kommunistischen Bewegung eifrig tätig, er leitet die Bildungsarbeit des Bezirks, erst kürzlich ein Theaterstück geschrieben, das bei einer Parteiverammlung großen Beifall fand. Tagsüber ist er in der russischen Handelsvertretung beschäftigt, neben der Parteiarbeit übt er eine rege Tätigkeit in der öffentlichen Wohlfahrtspflege aus. Dazu nimmt er noch russischen Unterricht. Also einer von jenen bildungshungrigen Proletariern, die den Stolz ihrer Klasse bilden.

Die Eltern von Wilhelm Wuthe sind einfache Arbeiter, anscheinend parteilos. Die Mutter erzählt, daß sie mit ihrem Sohn oft Auseinandersetzungen gehabt habe, weil er nicht an Gott glauben wollte. Auch der Bruder ist Kommunist, die Schwestern sind ohne politische Interessen. Vor kurzem hatte Wuthe eine Vernehmung auf der Polizei, weil er an einem Zusammenstoß mit der Gendarmerei beteiligt gewesen sein soll. Es erscheint ausgeschlossen, daß dieser Zwischenfall der Anlaß zu dem Freitod der drei Menschen gewesen ist. Die Eltern, die offenbar mit der Polizei nichts zu tun haben wollen, beteuern, daß sie sich um die politische Betätigung ihres toten Sohnes nie gekümmert hätten. Der dritte unter den Opfern der Tragödie, Richard Mietzling, 21 Jahre alt, ist der Sohn eines kleinen Maurermeisters. In der Wohnung der Eltern in der Flemingstraße herrscht gutbürgerliches Milieu. Die Angehörigen waren stets gegen den kommunistischen Umgang des Jungen, oft kam es darüber zu Vorhaltungen. Mietzling war Konstruktionszeichner bei Borzig. Er wird als sehr begabt geschildert. Für die kommunistische Partei fertigte er Zeichnungen

und Plakate an. Die Eltern wollten ihn studieren lassen, offenbar um ihm dem bürgerlichen Leben zurückzugewinnen. Das ist jetzt vorbei.

Wo ist der Schlüssel zu diesem Drama? Die Angehörigen wissen nichts. Nahrungskummer hatten die drei nicht, Liebesangelegenheiten hält man für ausgeschlossen. Seit etwa seit zwei Wochen waren die Freunde öfter zusammen als sonst. Als die Braut von Haack sich darüber beklagte, daß sie von ihm in der letzten Zeit so sehr vernachlässigt werde, entschuldigte er sich mit der vielen Parteiarbeit. Der Hunger war es nicht, die Liebe war es nicht. Wie Michael Kramer in Hauptmanns Bild, so sitzen jetzt die Mütter und die Väter an den Särgen ihrer Kinder und fragen, fragen an... aber wen?

Als der Krieg ausbrach, waren die drei noch Kinder. Sie wußten von der Arbeiterbewegung nichts, sie kannten die Sozialdemokratie nicht. Sie haben die Sozialdemokratie erst viel später in der verzerrten Darstellung ihrer eigenen Partei gesehen. Sie waren der kommunistischen Bewegung treu ergeben, es verging wohl kein Abend, an dem sie nicht für ihre Sache tätig waren. Wenn also ihr freigewählter Tod nur so zu erklären ist, wie man es von den Angehörigen hört; daß sie ihren politischen Glauben verloren haben, so kann es nur der Glaube an den Kommunismus gewesen sein. Die Weltrevolution, von deren halbigen Kommen sie wohl geträumt haben werden, ist nicht gekommen; in Rußland triumphiert nicht der Sozialismus, sondern unter der angeblichen proletarischen Diktatur wächst ein neuer Kapitalismus heran. Den Tag, an dem die deutschen Kommunisten das zehnjährige Jubiläum der bolschewistischen Revolution feierten, wählten die drei Freunde zu ihrer eigenen Todesfeier. Solches Zusammentreffen kann kein Zufall sein.

Diese grausame und sinnlose Selbstvernichtung junger Proletarierleben zählt zu den Ausnahmefällen. Es waren drei wertvolle Menschen, die das Dasein satt bekamen, weil ihre Blütenräume nicht gereift sind. Wo aber gehen die vielen anderen hin, die den Glauben an die kommunistische Sache verlieren? Sie kehren vielfach der Arbeiterbewegung überhaupt den Rücken, sie werden zu „Indifferenten“. Hier muß die Arbeit der Sozialdemokratie beginnen. Keine Verzweiflung am Leben, sondern Kampf, Bewegung, Hingabe an das große Ziel des Sozialismus! Unser Leben gehört nicht uns, sondern unserer Klasse. Und wir wollen nicht aus Verzweiflung untergehen, sondern mit täglich frischem Mut bis zum Siege kämpfen!

*

Berlin, 8. November (Radio)
Es besteht die Aussicht, daß der dritte der kommunistischen Selbstmörder in Köpenick mit dem Leben davontkommt. Allerdings dürfte er für sein Leben lang blind bleiben.

Die Ueberschwemmungskatastrophe in Amerika

Bisher 200 Todesopfer

Leider die Ueberschwemmungskatastrophe in Neuengland sind infolge der Störung der telegraphischen Verbindungen nur schwer nähere Nachrichten zu erlangen. Die betroffenen Ortschaften sind völlig von der Außenwelt abgeschnitten. Die Zahl der Toten wird nach den letzten Nachrichten übereinstimmend auf rund 200 geschätzt. Kälte, Schnee und Regenfälle sind der Unterstützungssaktion sehr hinderlich. Der Eisenbahnverkehr ist vielfach unterbrochen. So verlor die Centralvermont-Eisenbahn allein 18 Brücken. Schienen wurden von der Gewalt der Wassermassen fortlagerartig verdrückt. Am schwersten wurden die Staaten Vermont und Rhode Island heimgesucht. In Granville wurde eine ganze Garage mit 24 Automobilen fortgeschwemmt. Zehntausend Menschen sind obdachlos und müssen bei stürmischem Wetter und bitterer Kälte im Freien übernachten. Wie ein Funkspruch aus Burlington besagt, sind dort 17 Angestellte der staatlichen Straßenverwaltung in einer Pension von den hereinströmenden Fluten überfallen worden und ertrunken. In Montpelier wurden durch den Einsturz eines Wasserturmes drei Menschen getötet. In den von der Ueberschwemmung zuerst betroffenen Landstrichen beginnt sich das Wasser nun langsam zu verlaufen. Wo ehemals breite, glatte Landstraßen waren, sind jetzt nur noch Risse von Wegen, in denen das strömende Wasser mit größter Gewalt Löcher bis zu 20 Fuß Tiefe ausgewaschen hat.

Not der Landwirtschaft

Immer davon reden!

Berlin, 8. November (Radio)

Der Reichslandbund veranstaltete am Montag abend im ehemaligen preussischen Herrenhaus eine Kundgebung gegen „die Nöte der Landwirtschaft“. Der Zweck der ganzen Veranstaltung

lief natürlich in erster Linie darauf hinaus, die von dem deutschnationalen Reichsernährungsminister geplante Entschuldigungsaktion für die Landwirtschaft zu unterstützen und mit vielen Worten den Nachweis zu führen, daß die Landwirtschaft steuerlich zu sehr belastet ist. Wahrscheinlich war die ganze Rundgebung überhaupt nichts anderes als eine bestellte Arbeit des Reichsernährungsministers Thiele mit dem Ziel, dessen Politik für die Großagrarier gegenüber dem Bürgerblockabinnert mehr noch als bisher Nachdruck zu verleihen. Mit welchem Erfolg dürfte sich zeigen, wenn in den nächsten Tagen die in Vorbereitung befindliche Entschuldigungsaktion für die Großagrarier das Licht der Welt erblickt.

Um den Einheitsstaat

Bayern droht mit der Mainlinie

München, 7. November (Eig. Drahtber.)

Der preussische Kultusminister Dr. Beder hat sich dieser Tage in der Hochschule für Politik in Berlin in einem Vortrag für den Einheitsstaat ausgesprochen. Das Organ des bayrischen Ministerpräsidenten, die „Bayrische Volkspartei-Korrespondenz“, nimmt dazu am Montag in einem bemerkenswert scharf gehaltenen Artikel Stellung, in dem es u. a. heißt:

„Dr. Beder befindet sich in einem großen Irrtum, wenn er meint, Bayern würde schon mitmachen. Bayern wird nicht mitmachen, wird niemals mitmachen und wird sich auch nicht zwingen lassen. Darüber soll man sich endlich einmal klar sein. Die deutsche Politik scheint uns sehr verhängnisvoll zu sein, die Bayern überhaupt erst vor entscheidende Fragen stellt, ob es mitmachen kann oder nicht. Man könnte Enttäuschungen erleben. Wir warnen! Und wie es in Bayern ist, so ist es auch in Württemberg und Baden. Man unterschätze die immer lauter werdenden Stimmen aus dem schwäbischen und dem bairischen Lande nicht, die vor dem Beginnen warnen, den Süddeutschen von Preußen zu wollen. Wir wollen keine Gespenster an die Wand malen, aber es gibt ein einheitliches deutsches Gefühl vom Rhein bis nach Wien.“

Die große Propaganda Eine Irreführung

Die 10jährige Existenz der Sowjetunion wird von den Kommunisten aller Länder zu einer riesigen Propaganda ausgenutzt. Moskau hat befohlen, und da von der Art, wie jeder Befehl ausgeführt wird, für die Zukunft die finanzielle Unterstützung der einzelnen kommunistischen Landesorganisationen abhängt, versucht die eine die andere in Schönmalerei über Rußland zu überbieten. Die deutschen Kommunisten scheinen dabei den Vogel abzuschießen. Die von ihnen betriebene Propaganda entspricht ihren bekannten Bedürfnissen nach russischem Geld, und wenn sie demnach nach den Papiertrollen entschädigt werden, die von ihnen in diesen Tagen zur Schönmalerei für das Sowjetparadies benutzt wurden, so dürften sie für die nächste Zeit wieder einmal im Gelde der russischen Steuerzahler nur so schwimmen, auch wir denken natürlich garnicht daran -- und haben das erst in letzter Zeit wiederholt betont --, das Gute, was die Sowjetregierung innenpolitisch in den 10 Jahren ihrer Tätigkeit geleistet hat wegzuleugnen oder zu bestreiten. Aber es ist ein Schwindel sondergleichen, das Reich der Bolschewisten als ein Land hinzustellen, in dem der Sozialismus noch der Verwirklichung steht.

*

Von einer ganzen Reihe glücklicher Umstände begünstigt, haben die Bolschewisten im Jahre 1917 die Macht in Rußland übernommen. Die ungeheuren Torheiten der demokratischen Revolution zu Anfang 1917 erleichterten ihnen das Spiel außerordentlich. Statt damals schon den Krieg abzublenden, stellten sie die Parole einer Fortsetzung der Massenmorderei auf und zerlegten so nicht nur das Land weiter, sondern trieben die Massen der bolschewistischen Friedensparole geradezu in die Arme. Auch die unglaublichen Fehler der Gegenrevolution und der sie stützenden Ententemächte waren auf lange Sicht gesehen für die Bolschewisten nur von Nutzen.

Als z. B. die Denikin und Wrangel bis in das Herz des europäischen Rußland vorgeedrungen waren, kannten sie kein schlimmeres Ziel, als in ihrem Rücken das alte Regime wieder aufzurichten. So trieben sie die Bauern unermüdlich dem Bolschewismus in die Arme, während gleichzeitig durch die Intervention der fremden Mächte alle nationalen Kräfte in Rußland zu Bundesgenossen und Mitstreitern der Roten Armee gemacht wurden. Die Auswirkungen dieser Fehler waren ohne Zweifel bedeutender als die damalige Stärke der Sowjetmacht. Schließlich entstand den Bolschewisten noch in den rückständigen kulturellen Verhältnissen Rußlands ein Helfershelfer. Die große Masse der Bauern sah in ihrem unbeschreiblichen Elend nur noch im Bolschewismus das Mittel, die Gutsherren zu beseitigen und deren Land in Besitz zu nehmen. So wurde sie zu Helfern des Bolschewismus, ohne von jenem Wesen und seinen Zielen auch nur die geringste Ahnung zu haben.

*

Der inzwischen verstorbene Lenin hat damals unter Anwendung der verwerflichsten Mittel verstanden, das ihm bei allem Elend gebotene Glück auszunutzen. Die dünne Schicht, die das alte Rußland beherrschte, wurde mit Gewalt ausgerottet, die politischen Gegner vertrieb man des Landes oder ließ sie meuchlings ermorden. Andererseits machte man den Bauern und der Privatwirtschaft gegenüber im persönlichen Interesse bald Konzessionen, die absolut unkommunistisch waren, die aber die restlose Aufrechterhaltung der politischen Diktatur der Bolschewisten ermöglichten. Diese vom Kommunismus abweichende wirtschaftliche Entwicklung ist heute soweit fortgeschritten, daß es in Rußland wie überall wieder Privatkapital gibt, das innere russische Anleihen tragen kann, daß der Bauer sein Land faktisch wieder als Eigentum besitzt und sogar eine neue Bildung sozialer Schichten vor allem auf dem Lande beginnt. Die jetzt von Trotski geführte Opposition hat vom Standpunkt der bolschewistischen Doktrin aus auf diese und andere Verletzungen kommunistischer Prinzipien gerade

Am Sonnabend, dem 12. November 1927
erscheint unsere

Werbenummer

Preisausschreiben für unsere Leser

Die polnische Komödie

Dictator Pilsudski?

Warschau, 8. November

Seit Pilsudskis Staatsstreich vom Mai vorigen Jahres ist der polnische Sejm fünfmal plötzlich nach Hause geschickt worden. Sobald er durch widerrechtliche Reden, Interpellationen oder gar drohende Mißtrauensvoten unbearbeitet zu werden begann, wurde er verlagert. Die daraus folgende jeweilige Unterbrechung der Sejmtagungen hatte nebenbei die Rückwirkung, daß die Regierung kraft der Vollmachten, die sie sich nach dem erwähnten Staatsstreich hatte geben lassen, auf dem Verordnungswege Gesetze erlassen konnte. Die berüchtigten Pressegesetze, die in Polen gelten, sind auf diese Weise als Dekrete erlassen worden; sie sind heute noch in Kraft, obwohl der Sejm einstimmig gegen sie ausgesprochen hat. Die immer wieder erfolgende Verlagerung ist ein sich das verfassungsmäßige Recht des Staatspräsidenten. Aber die Ausübung dieses Rechts in der Weise, daß der Sejm mundtot gemacht und völlig lahm gelegt wird, macht den Parlamentarismus in Polen natürlich zur vollkommenen Komödie.

In dieser Weise ist auch vor kurzem das Ende Oktober einberufene polnische Parlament sofort wieder verlagert worden. Die in Aussicht genommene Session betraf lediglich den Staatshaushalt, so daß die Regierung unerwünschte bindende Beschlüsse politischer Art gar nicht zu fürchten hatte. Erörterungen in der Presse, aus denen hervorging, daß die Parteien mit dem sehr summierten Budgetentwurf nicht einverstanden waren, sondern genauere Angaben fordern würden, genügten der Regierung aber, den Sejm durch Verlagerung an jeder Diskussion zu hindern.

Die diesmalige Verlagerung des Sejms ist deswegen besonders bedeutsam, weil sie gerade bis zum letzten Tag der Legislaturperiode des Sejms läuft. Der jetzige Sejm ist Ende 1922 gewählt worden, seine verfassungsmäßige Amtszeit beträgt fünf Jahre. Mit ihm ist zu erwarten, daß die polnische Regierung der jetzigen Verlagerung des Sejms Ende November die Auflösung folgen läßt. Dann müssen verfassungsmäßig Neuwahlen innerhalb 90 Tagen stattfinden. In der Tat rechnet man in Polen sehr stark mit diesem, im übrigen nur den Bestimmungen der Verfassung entsprechenden Fortgang der Dinge.

Die große Frage ist aber: Wie wird der neue Sejm aussehen? Wird er sich, wie der bisherige, zum Hauptmann der Regierungskredite machen lassen? Oder wird die Regierung einlenken und nach vor den Wahlen eine parlamentarische Plattform suchen? Alles das ist heute noch ungewiß. Aber soviel läßt sich trotzdem sagen, daß eine normale und friedliche Lösung des jetzigen Mißverhältnisses wenig wahrscheinlich ist. Bei den Wahlen ist, wie die Kommunalwahlen der letzten Monate mit Bestimmtheit prophezeit werden, ein Rückmarsch in die zu erwarten. Pilsudski aber hat sich seit seinem Staatsstreich in dem Maße nach rechts entwickelt, daß er die Sympathie und Unterstützung der unter seinem Regime merklich erstarkten Konservativen und Monarchisten besitzt. Bei dieser Lage ist weder eine Verständigung noch eine Mehrheit für die jetzige Regierung wahrscheinlich.

Was aber wird geschehen, wenn sich auch nach den Neu-

wahlen Regierung und Parlament in Warschau feindselig gegenüber stehen? Wird sich in der bisherigen Weise „regieren“ lassen? Wird die verhängte Diktatur, die in Polen tatsächlich besteht, schließlich die Konsequenz ziehen, durch einen neuen Staatsstreich die lästigen demokratischen Formen zu beseitigen? Das sind folgenreiche Fragen, auf die heute noch niemand eine Antwort geben kann. Wie aber ihre Beantwortung feinerzeit ausfallen wird, ist eine Sache, die nicht nur für Polen von Bedeutung ist.

Der Terror von Kattowitz Appell an den Völkerbund!

Der Wojewode in Kattowitz hat vor etwa 14 Tagen die Kattowitzer Stadtverordnetenversammlung aufgelöst und durch eine Kommission ersetzt. Während in der Stadtverordnetenversammlung eine überwiegende deutsche Mehrheit bestand — 35 von 60 Sitzen — hat der Wojewode in der Kommission, die aus 15 Mitgliedern besteht, nicht weniger als zehn Sitze polnischen Mitgliedern und nur fünf Sitze deutschen Mitgliedern zugeteilt. Die deutschen bürgerlichen Parteien haben es demgegenüber überhaupt abgelehnt, ihre Vertretung in diese Kommission anzunehmen. Die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder dagegen werden sich an der Arbeit der Regierungskommission beteiligen, nicht etwa, weil sie nicht auch den Schritt des Wojewoden aufs schärfste verurteilen, sondern um die Regierungskommission nicht ohne Kontrolle zu lassen. Eine Erklärung in dem Kattowitzer „Volkswillen“ bringt diese Haltung der deutschen Sozialdemokratie polnisch-Oberschlesens völlig klar zum Ausdruck. Damit erwidert sie auch alle vorläufigen Angriffe, die deutsche Reichsblätter gegen die Haltung der Sozialdemokratie in polnisch-Oberschlesien erhoben haben.

In der genannten Erklärung bringt die deutsche Sozialdemokratie u. a. auch zum Ausdruck, daß sie die Eingabe durchaus billigt, die der Deutsche Völkerbund an das Minderheitenamt gerichtet hat. Diese Eingabe erhebt gegen die Zusammenfassung der Regierungskommission Beschwerde, die an Stelle der deutschen Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung eine künstliche polnische Mehrheit der Stadtvertretung schaffen und damit zweifellos in Widerspruch steht zu den Minderheitenschutzbestimmungen des Genfer Abkommens. Der formelle Weg dieser Beschwerde ist derselbe wie früher bei dem Konflikt wegen der Zurückweisung laufender deutscher Kinder von den polnischen Minderheitenschulen. Das Minderheitenamt unterbreitet die Beschwerde dem Präsidenten der Gemischten Kommission, der seinerseits hierzu Stellung nimmt. Wenn die Stellungnahme des Präsidenten nicht in einer befriedigenden Weise von den Behörden berücksichtigt wird, steht der Beschwerdeführenden Minderheit der Appell an den Völkerbund offen. Es muß also damit gerechnet werden, daß die Affäre der Kattowitzer Stadtvertretung auch in Genf noch behandelt wird.

Verbesserung der Sozialversicherung

Forderungen der Sozialdemokratie

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag einen Gesetzentwurf zur Änderung der Versicherungsordnung eingebracht, der eine wesentliche Verbesserung der Bezüge der Unfall- und Invalidenrentner, sowie deren Hinterbliebenen verlangt. Im einzelnen wird gefordert: Erhöhung der Pflegegeldes für hilflose Unfallverletzte von 20 bis 75 Mark monatlich auf 60 Mark jährlich. Ist die Gesundheitsfürsorge so schwer, daß sie dauerndes Krankenlager oder außerordentliche Pflege erfordert, so ist diese Zulage je nach Lage des Falles auf 100 bis 120 Mark zu erhöhen. Blinde sollen mindestens die erhöhte Pflegezulage erhalten. Die Vollrente soll nicht mehr zwei Drittel, sondern den ganzen Jahresarbeitsverdienst betragen. Die Bestimmungen über die Berechnung der Jahresarbeitsverdienste in der Landwirtschaft sollen gestrichen werden.

In der Invalidenversicherung wird eine Vermehrung der Lohnklassen von 7 auf 9 verlangt. Als invalide soll gelten, wer nicht mehr imstande ist, die Hälfte und nicht wie bisher ein Drittel, dessen zu erwerben, was gesunde Personen zu verdienen pflegen. Witwenrente soll künftig jede Witwe und nicht nur wie bisher die dauernd invalide Witwe nach dem Tode des versicherten Mannes beziehen. Im Falle der Ablehnung dieses Antrages soll die Witwe nach dem Tode des versicherten Mannes Witwenrente erhalten, wenn sie das Alter von 40 Jahren vollendet oder wenn ihr die Pflege und Erziehung ihrer Kinder obliegt, oder wenn sie infolge von Krankheit oder anderen Gebrechen dauernd invalide ist. Als invalide soll künftig die Witwe gelten, die nicht imstande ist, die Hälfte des üblichen Arbeitsverdienstes zu verdienen, anstatt bisher ein Drittel. Die Witwenrente soll bis zum 18. Lebensjahr gezahlt werden. Der Reichtzusatz für jede invalide Witwen- und Witwenrente soll von jährlich 72 auf 192, für jede Witwenrente von 36 auf 96 Mark erhöht werden.

Weiter wird die Erhöhung des Grundbetrages der Invalidenrente für alle Lohnklassen von 168 auf 228 Mark jährlich gefordert. Der Reichtzusatz soll von 90 auf 180 M. im Jahre erhöht werden.

Die sozialdemokratische Fraktion ersucht ferner die Reichs-

regierung um Vorlage eines Gesetzentwurfs, nach dem in der Unfallversicherung eine Umrechnung der laufenden Renten in Abschnitten von 5 Jahren nach den jeweils geltenden Löhnen vorgenommen wird. Die erstmalige Umrechnung der Renten soll mit Wirkung vom 1. Januar 1928 erfolgen. Endlich nimmt die Sozialdemokratie ihre alte Forderung wieder auf, wonach die Entschädigungspflicht auf alle gewerblichen Berufskrankheiten und der Versicherungskreis auf alle gegen Entgelt verrichteten Arbeitsleistungen ausgedehnt wird.

Für den Ausbau des Angestelltenversicherungsgesetzes hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einen Antrag eingebracht, in dem gefordert wird, daß die Angestelltenversicherung auf die Angestellten aller Berufe ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Einkommens ausgedehnt wird. Der Grundbetrag der Renten soll von 480 auf 720 Mark jährlich erhöht, die geleisteten Beiträge (Steigerungsjahr) mit 20 statt bisher 15 v. H. angerechnet, das Kindergeld von 90 auf 180 Mark erhöht und die früheren Beiträge in allen Gehaltsklassen aufgewertet werden. Es wird weiter die Herabsetzung der Altersgrenze vom 65. auf das 60. Lebensjahr, volle Anrechnung der beitragsfreien Zeiten bei Stellenlosigkeit und Rechtsanspruch auf Heilverfahren gefordert. Die Versicherten sollen gegen unsoziale Anlage ihrer Beitragsgelder geschützt, billige Darlehen an die Angestellten, insbesondere zum Wohnungsbau, gegeben werden. Das Vertrauensmännerystem ist zu reformieren, das indirekte Wahlsystem abzuschaffen, dagegen sind Urwahlen durch die Versicherten einzuführen.

Mit der Aufstellung dieser Forderungen kommt die Sozialdemokratie ihrer Ankündigung nach, daß sie für die schleunige Verbesserung der Sozialversicherung Sorge tragen werde. Beim Wiederzusammentritt des Reichstages wird sich Gelegenheit bieten, die Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien zu zwingen, in die Verhandlung über die sozialdemokratischen Forderungen einzutreten. Der ständig steigenden Not der Sozialrentner muß durch Erhöhung ihrer Bezüge begegnet werden und die Leistungen der Sozialversicherung müssen auf alle Hand- und Kopsarbeiter ausgedehnt werden.

Inzwischen haben die Parteien zu dem Wahlkampf alle Vorbereitungen getroffen. Die Parteitage haben stattgefunden und die Kandidaten sind nominiert. Im allgemeinen sind die bisherigen Abgeordneten wieder aufgestellt. Aber auch eine Reihe neuer Leute, zum Teil unbekanntere Blätter, haben verdiente Parteiführer verdrängt. An der Spitze der sozialdemokratischen Vorschlagsliste steht der bewährte alte Kämpfer Staatspräsident Karl Ulrich. Ihm folgen der Minister für Arbeit und Wirtschaft Raab, Landtagspräsident Weber und der bisherige Fraktionsvorsitzende Kaulz.

Die Wahlparolen der Parteien sind verschiedenster Art. So kämpft die Deutsche Volkspartei um den Eintritt in die heftige Regierung, der Bauernbund fordert eine Senkung der Steuern, die Deutschnationale streiten unter Schwarz-Weiß-Rot gegen alles, was nach Volksstaat aussieht, das Zentrum will auch in Hessen die Konfessionslose verwirklichen und die Sozialdemokraten erheben ihre alten Kampfforderungen. Die an Zahl geringfügigen Kommunisten bekämpfen natürlich wie überall untereinander.

Im vorigen Jahre haben sich die drei Rechtsparteien (Deutsche Volkspartei, Bauernbund und Deutschnationale) zu einem Ordnung- und Wirtschaftsblock vereinigt und versuchten durch einen Volksentscheid im Jahre 1926 das Kabinett Ulrich zu stürzen. Das ist ihnen nicht gelungen. Am ersten brah die Deutsche Volkspartei aus dieser Allianz aus. Jetzt steht jede der drei Oppo-

sitionsparteien ihren eigenen Weg. Auch die republikanischen Parteien kämpfen für sich. Vor allem ist es das Zentrum, das durch seine weltanschauliche Einstellung und seinen Kampf für das Reichsschulgesetz des Bürgerblocks mit den Sozialdemokraten und Demokraten in scharfem Kampfe steht. Auf seinem Parteitag hat es sich ebenfalls hinsichtlich des Reichsschulgesetzes hinter die Zentrumstraktion des Reichstages gestellt. Diese Tatsache ist für Hessen als Simultanschulstand sehr bedeutsam.

Außer den bereits dem Landtag angehörenden sechs Parteien treten im Wahlkampf noch drei neue Parteien auf: die Volksrechtspartei, die Wirtschaftspartei und die Evangelische Volksgemeinschaft, obwohl durch eine Abänderung des Wahlgesetzes die Bildung von Splitterparteien erschwert worden ist. Nicht schon im Landtag vertretene Parteien müssen für ihren Wahlvorschlag 7000 Unterschriften aufbringen und bei dem Landeswahlleiter 5000 M. hinterlegen. Dieser Betrag wird zurückgezahlt, wenn die Partei ein Mandat erhält. Inzwischen hat die Wirtschaftspartei, Landesverband Hessen der Reichspartei des deutschen Mittelstandes beantragt, die erschwerten Bestimmungen zur Bildung von Splitterparteien als rechtsungültig zu erklären. Der heftige Staatsgerichtshof erklärte sich als nicht zuständig, so daß der Antrag an das Reichsgericht weitergeleitet wurde. Der festgesetzte Wahltermin wird dadurch nicht beeinträchtigt.

in der letzten Zeit energisch und richtig hingewiesen. Wenn und seine Nachfolger erreichten aber durch diese Politik, daß ihre politische Herrschaft gesichert wurde wie ihre ganze Politik überhaupt von dem Gesichtspunkt aus erfolgte: Wie sichern wir unser persönliches Regiment?

Die Führer der Sowjetunion haben trotzdem unter gerade nicht leichten Verhältnissen auch einige anerkannt-würdige Leistungen für die arbeitende Bevölkerung aufzuweisen. Aber was heißt das? In Anbetracht der Tatsache, daß die Bolschewisten seit 10 Jahren ohne innere Hemmungen regieren können, sind diese Leistungen weder als vorbildlich noch als hervorragend zu betrachten. Ein sozialistisches Kabinett hätte in der gleichen Zeit und unter den gleichen Umständen wesentlich mehr geleistet, weil es unter ganz anderen Voraussetzungen an die Arbeit gegangen wäre. Die Bolschewisten verfehlten sich außerhalb jeder Wirklichkeit und brauchten erst Jahre, um sich auf dem Boden der realen Tatsachen wiederzufinden. Sie mußten durch die Praxis erst langsam lernen, daß auch ihrem Wirken reale Grenzen gezogen sind. So vergingen Jahre, ohne daß praktische Arbeit geleistet werden konnte.

Reale Grenzen werden auch die weitere Entwicklung der Sowjetunion bestimmen. Man hat in Russland z. B. versucht, eine wirtschaftliche Entwicklungsstufe zu überspringen und zu tun, als ob ein einzelnes Land in der Lage wäre, das Schicksal der ganzen Welt zu bestimmen. Aber selbst unter den hierfür gerade in Russland besonders günstigen Bedingungen der agrarischen und kulturellen Verhältnisse ist dieser Versuch gescheitert. Wir haben heute in Russland keinen Sozialismus, sondern einen Staatskapitalismus, wir sehen, daß auch das bolschewistische Russland die Verbindung mit der kapitalistischen Außenwelt nicht entbehren kann und ihr politisch wie wirtschaftlich Rechnung fragen muß. Die Leninistische Diktatur hat das in weitem Umfang tun müssen, was sie den „Sozialreformisten“ zum schwersten Vorwurf zu machen pflegt. Auch ihr blieb nichts anderes übrig als praktische von den als heilig verkündeten Prinzipien abweichende Konzessionen zu machen. Amerikanisches Kapital in Russland, Sowjetdelegierte auf der Abrüstungskonferenz, die Kulaki (Großbauern) im russischen Dorf — das sind typische Erscheinungen dieser Art. So wird die Sowjetunion langsam den Anschluß an die sozialistische und demokratische Entwicklung wiederfinden.

Die bolschewistische Propaganda bestreitet alles das natürlich aus begreiflichen Gründen. Ja, sie muß es bestreiten, um sich nicht selbst das Grab zu schaufeln. Aber Hunderte von Tatsachen sprechen gegen diese irreführende Propaganda und auf die Dauer werden deshalb auch die heute noch in kommunistischen Fahrwasser segelnden Arbeiter erkennen, welcher Spott mit ihnen getrieben wird.

Parter Gilbert ist nicht zufrieden!

Berlin, 7. November

Von unternichteter Seite wird dem „Soz. Presseblatt“ mitgeteilt, daß der Reparationsagent Parter Gilbert die Antwort der deutschen Reichsregierung auf sein Memorandum als völlig unbefriedigend betrachtet. Seine Bedenken über die Entwicklung der deutschen Finanz- und Wirtschaftsverhältnisse seien durch das Schreiben des Reichsfinanzministers nicht im geringsten gegenstandslos geworden.

Eine Fortsetzung des Briefwechsels ist von dem Reparationsagenten trotzdem nicht beabsichtigt. Gilbert will seine Ansicht über die Antwort auf sein Memorandum dem Reichsfinanzminister schon in aller nächster Zeit mündlich vorbringen.



Daladier,

der jedoch auf dem Parteitag gewählte neue Präsident der Radikal-Sozialen Frankreichs. Dem linken Flügel dieser demokratischen Partei angehörend, will Daladier das Kartell mit den Sozialisten wieder herstellen, was angesichts des bevorstehenden Wahlkampfes besonders wichtig erscheint.

Der heftige Wahlkampf

(Von unserem Korrespondenten)

Der dritte heftige Landtag hat, trotz der gewaltigen Anstrengungen der Rechtsparteien, ihn vorzeitig aufgelöst, doch sein natürliches Ende gefunden. Er wurde am 7. Dezember 1924 gleichzeitig mit dem jetzigen Reichstag gewählt. Das parlamentarische Kräfteverhältnis blieb damals, abgesehen von kleinen Schwankungen, stabil. Die Weimarer Koalition verfügte wieder über eine tragfähige Mehrheit. (Soz. 26, Dem. 6, Zentr. 11 gegen Deutsche Volkspartei 9, Bauernbund 8, Deutschnationale 5, Nationalsozialisten 1 und Kommunisten 4). Trotz der energischen Förderung des Zentrums, die Deutsche Volkspartei mit in die Regierung zu nehmen, blieb es doch bei der kleinen Weimarer Koalition. So konnte die seit 1918 in Hessen eingeschlagene soziale und republikanische Politik auch in den letzten drei Jahren fortgesetzt werden.

Gemeinwohl und Arbeiterklasse

Geist und Masse gegen den Usurpator Kapital

Die herrschenden Ideen der Epoche sind die Ideen der herrschenden Klasse. Das gilt auch für den Wortgebrauch der Sprache, da in ihm die herrschenden Vorstellungen sich abspiegeln. Der Wortgebrauch bleibt aber hinter der geschichtlichen Entwicklung zurück, und im Wortgebrauch tief verwurzelt noch manchmal die herrschenden Ideen von gestern. Ganz belanglos ist das nicht; es ist nicht immer leicht, die Vorstellung zu überwinden, die sich im Wortgebrauch tief verwurzelt haben, so auch die Vorstellungen der Klasse, deren Herrschaft befristet wird. Und so spiegelt sich manchmal im Schicksal der Worte der Ideenkampf und der Klassenkampf einer Epoche wider.

„Die Wirtschaft“ in Erbschaft der Kapitalisten

Zu Deutschland hat sich das Wort „Wirtschaft“ der Kapitalistenklasse zur Verfügung gestellt. Man pflegt noch heute von der Wirtschaft zu reden und damit die Unternehmer, die Kapitalisten zu meinen, als ob das gleichbedeutende Begriffe wären. Die Kapitalisten sind, wie bekannt, völlig uneigennützig, sie haben keine Klasseninteressen und lehnen jeden Klassenkampf ab; ihre Sorgen gelten nur „der Wirtschaft“, sie vertreten nur „Interessen der Wirtschaft“, sie kämpfen nur für das Wohl „der Wirtschaft“ und gegen die „wirtschaftsfeindlichen“ Elemente. Der Staat bin ich, sagte Ludwig XIV. Die Wirtschaft bin ich, sagt der Unternehmer.

Beruhigen wir uns nicht damit, daß dies eine schon veraltete Vorstellung ist, die nur nach alten Trägheitsgesetzen im Wortgebrauch weiter existiert! Millionen lesen täglich in ihren Blättern von den Räten und Forderungen „der Wirtschaft“, von den sozialen Lasten, durch die „die Wirtschaft“ zugrunde geht, von den Opfern, die zum Wohl „der Wirtschaft“ zu bringen sind. Sie lesen — und glauben an die kapitalistische Propaganda, die dahinter steckt. Und wenn einmal der Blick eines so „upperwilligen“ Spielbällers von seinem Blatt auf den Proleten fällt, der neben ihm in der Straßenbahn sitzt, so meint er: die sind es, die keine Opfer bringen wollen, die durch ihre Forderungen „die Wirtschaft“ zugrunde richten. Dieser Spielbällers wählt deutsch-national oder völkspatriotisch: meist gegen seine Interessen, aber um „der Wirtschaft“ willen! Aber es ist keine Phrase, wenn wir feststellen, daß es heute nur eine Macht gibt, die in dem Sinne wahrhaft der Wirtschaft dient, daß damit zugleich dem Allgemeinwohl gedient ist, die über die Klasseninteressen hinaus die neue Idee und damit die fortschrittliche Entwicklung der Wirtschaft vertritt: Die in der Sozialdemokratie organisierte sozialistische Arbeiterklasse.

Die neue Idee der Wirtschaft,

deren Verwirklichung die große Aufgabe unserer Zeit als historische Epoche ist — das ist, was uns am Herzen liegt, wenn wir mit aller Schärfe die Annäherung der Kapitalisten zurückweisen, sich mit der Wirtschaft gleichzusetzen. Die Wirtschaft in der kapitalistischen Gesellschaft ist eine unendliche Vielzahl von einzelnen wirtschaftlichen Tätigkeiten, von denen jede zwar durch die Interessen des einzelnen bestimmt wird, die aber durch die wechselseitige Verflechtung zu einem wirtschaftlichen Gesamtprozess werden. Die neue Idee der Wirtschaft ist Wirtschaft als Dienst an der Allgemeinheit, wo jede wirtschaftliche Tätigkeit dem obersten Grundsatz des Allgemeinwohls untergeordnet ist, zu diesem Zweck organisiert und durch Organe der Allgemeinheit geleitet. Und wir behaupten, daß diese Idee erstens die Idee der sozialistischen Arbeiterbewegung, und zweitens für Gegenwart und Zukunft die Idee des wirtschaftlichen Fortschritts ist.

Die historische Leistung des Kapitalismus

Die organisierte Arbeiterschaft bestreitet nicht die große historische Leistung des Kapitalismus. Es war der Kapitalismus, der durch die gewaltige Entfaltung der Produktivkräfte erst die Möglichkeit des gesellschaftlichen Wohlstandes geschaffen hat. Die Teilnahme an der Entwicklung der Produktivkräfte war für die kapitalistischen Unternehmungen eine Vorbedingung ihres Erfolges. Dieser Erfolg, d. h. Gewinn steht aber auch die erfolgreiche Bekämpfung von anderen Unternehmern und die Ausbeutung der Arbeit voraus. Das heißt: nicht nur die Entwicklung von neuen, sondern auch die Vernichtung vorhandener Produktivkräfte war

die Schaffung neuer Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung, aber auch die Hemmung dieser Befriedigung bei den breiten Massen. Ja, die kapitalistische Wirtschaft ist ein Gesamtprozess, aber in seinem Innern voll von Gegensätzen und erbitterten Kämpfen. Sie fördert auch den wirtschaftlichen Fortschritt, der sich aber nur über gewaltige Störungen und Erschütterungen sowie unerhörte Menschenopfer vollzieht. Man kann die kapitalistische Wirtschaftsidee verherrlichen, den freien Kampf der Kräfte, die natürliche Auslese der Tüchtigeren im Kampf ums Dasein, die höchste Spannung der Lebenskräfte als Fortschrittsmacht loben. Dafür müßte man auch die enorme Verschwendung der Kräfte und brutale Unterdrückung der arbeitenden Massen in Kauf nehmen!

Das Schicksal der Arbeiter liegt in unendlich geringerem Maß in ihrem persönlichen Erfolg, als im Aufstieg ihrer Klasse. Das lernen die Arbeiter aus eigener Erfahrung. Da die Arbeiterklasse nur als Klasse aufsteigen kann, ist der Zwang nach der Befreiung der Gegensätze innerhalb der Wirtschaft nach einem einheitlichen wirtschaftlichen Zweck und nach der Ordnung der Wirtschaft unter einem höheren Grundsatz gegeben. Welches soll aber dieser höhere Grundsatz sein?

Das Klasseninteresse oder das Wohl der Allgemeinheit

Die Antwort lautet: beides, weil es das stärkste Interesse der Arbeiterklasse ist, das Wohl der Allgemeinheit zu dem obersten Grundsatz der Wirtschaft zu erheben. Zur Begründung zunächst eine ganz einfache Feststellung. Der Erfolg der Kapitalisten kann gleichermaßen eine Folge des technischen und organisatorischen Fortschritts und auch Folge größerer Ausbeutung der Arbeiter sein. Die Arbeiterklasse kann nicht durch die Ausbeutung von anderen dauernd gewinnen, weil sie selbst es ist, die den größten Teil der gesellschaftlichen Arbeit leistet. Ein paar hundert Leute können zwar ihren Wohlstand darauf aufbauen, daß sie einen Teil der Arbeit von Hunderttausenden sich aneignen. Tiefe Mitleidlichkeit existiert für die arbeitenden Massen nicht; von der Ausbeutung der anderen können sie keinen Gewinn haben und sie können ihren Wohlstand nur auf dem Fortschritt der Produktivität aufbauen, vorausgesetzt, daß die Früchte der größeren Produktivität nicht, wie es in der kapitalistischen Gesellschaft der Fall ist, zum größten Teil den Besessenen zugute kommen. Daraus ergibt sich die erste Voraussetzung des Klassenkampfes der Arbeiterklasse: das Interesse am wirtschaftlichen Fortschritt und daran, daß soviel Menschen als möglich an der Förderung dieses Fortschritts beteiligt sind, weil dadurch die gesellschaftliche Produktivität gesteigert wird.

Der Unternehmer profitiert davon, wenn die anderen Unternehmungen rückständig sind, mit geringerer Produktivität und größerer Verschwendung als er selbst arbeiten. Mag sein, daß es einzelnen Arbeitern gelingt, als Lohnempfänger auch davon Gewinn zu ziehen. Das kann aber nur ein Ausnahmefall sein, weil die Löhne nicht nur durch die Lage des einzelnen Betriebes bestimmt werden, sondern von den Bedingungen in anderen Betrieben in derselben Industrie, wie auch von den allgemeinen industriellen Verhältnissen abhängig sind. Wirtschaftliche Rückständigkeit drückt auf die Löhne, wie andererseits die Erhöhung der Löhne den wirtschaftlichen Fortschritt erzwingt. Vom wirtschaftlichen Fortschritt gewinnen aber die Arbeiter nicht nur als Produzenten, sondern durch die höheren Löhne, sondern auch als Konsumenten durch die Verbilligung der Waren. Dies ist die zweite Voraussetzung der Klasseninteressen der Arbeiterklasse, nämlich, daß sie zum Träger der Interessen der Allgemeinheit als einer Gesamtheit von Konsumenten wird.

Die Arbeiterklasse aber, die bewußt zur Verallgemeinerung ihrer Klasseninteressen gekommen ist, ist die sozialistische Arbeiterklasse, und nur diese macht das Wohl der Allgemeinheit zum Gesetz ihres Handelns. Sie ist der Träger des wirtschaftlichen Fortschritts, weil sie die Steigerung der gesamten gesellschaftlichen Produktivität unter Befreiung jeder Veranschlagung der Kräfte bewußt zu ihrem Ziel erhoben hat.

Gegenwartswert ist Zukunftswert!

Die Werkzeuge der Sozialdemokratie ist der Zeitpunkt, an diese großen Grundsätze und an die ganze Fülle der Aufgaben, die daraus folgen, zu erinnern. Nicht nur, um laut

und stolz zu proklamieren, wie groß die geschichtliche Mission der Sozialdemokratie, der Partei der sozialistischen Arbeiterklasse ist, sondern auch, um selbst hat zu erkennen und die anderen überzeugen zu können, wie hart der Bedarf an tätigen Kräften ist, wenn es gilt, diese Mission zu vollenden. Wenn wir das Recht haben, uns für Verächter des Wohles der Allgemeinheit und des wirtschaftlichen Fortschritts zu halten, dann haben wir auch die Pflicht, den Nachbarn, die daraus folgen, gewachsen zu sein. Zudem wir den Kapitalisten das Recht bestreiten, sich mit der Wirtschaft zu identifizieren, sehen wir nicht nur der kapitalistischen Wirtschaftsidee unsere sozialistische gegenüber, sondern melden uns schon bei zur Teilnahme an der Lösung aller praktischen wirtschaftlichen Probleme. Und das letzte nicht mit einer entsprechenden politischen Maßnahme, sondern auch durch Kenntnis und eine Armer geachteter Klasse voran. Diese Kräfte muß und kann die Arbeiterklasse sich sichern: nur allein in ihren eigenen Reihen und auch in anderen Kreisen. Wir brauchen aber auch die Mittel, um die Kräfte, die wir schon haben und die wir neu gewinnen, für die Lösung unserer Aufgaben auszubilden. Dafür stehen uns noch keine Unversitäten und Akademien zur Verfügung. Unsere Partei der arbeitenden Massen muß alles aus eigenen Kräften schaffen, materiell und geistlich, auf der Massen gestützt. Daher die doppelte Aufgabe:

Der Kampf um die Massen aller Arbeitenden, von denen getragen wir alle Schwierigkeiten überwinden werden, und der Kampf um alle einzelnen, die für die sozialistische Arbeit in sozialistischer Sinne geeignet sind.

Der Hochverräter als Ideal

München, 5. November (Eig. Bericht)

Eine Verleumdung der Toten des Weltkrieges will man sich in der mittelbayerischen Gemeinde Ipsheim mit der Leiche des Hiltruphüters und früheren Münchener Reichspräsidenten Bochner leisten. An dem Münchener Graf Bochner, der vor einigen Jahren bei einem Autounfall ums Leben kam, hatte dessen Frau die Worte anbringen lassen: „Dem Vorbild treuester Pflichterfüllung. Das dankbare Vaterland.“ Diese Verherrlichung des Hochverrats auf einem der Allgemeinheit dienenden Friedhof war selbst dem Münchener Stadtrat zu viel; er forderte daher die Entfernung des Spruchs Frau Bochner ging darauf nicht ein, und nachdem man ihr genug Zeit gelassen hatte, entschloß sie sich, die Leiche ihres Mannes nach Ipsheim, der Residenz des bekannten altsächsischen Verlegers Lehmann, zu überführen. Dort soll die Leiche zunächst im Ritterhof des Schlosses Hohened aufgebahrt und dann im Felde für die im Weltkrieg Gefallenen beigesetzt werden. Bochners ehemaliger Regimentskommandeur, ein Major a. D., will als Vertreter des alten Heeres die Leichenrede halten. Man muß es den Ipsheimern lassen; sie haben ebensowenig Geschmad wie Respekt vor ihren Kriegsgesessenen.

Jungbo gegen Eugenberga

Bielefeld, 5. November

Vom „Jungdeutschen Orden“ Groß-Balkel, Braunschweig-Hannover, erhalten wir folgende Mitteilung: „Berichtliche Zeitungen in Herford, Bielefeld und Fernrod haben über den am 30. Oktober in Herford abgehaltenen deutschnationalen Parteitag des Landesverbandes Westfalen-Ost berichtet. In diesen Berichten ist verschwiegen worden, daß als erster Redner in der Aussprache Herr Dr. med. Huchtermeyer-Dejnhausen als Vertreter des Jungdeutschen Ordens das Wort nahm und erklärte, die Jungdeutschen würden jede zukünftige Kandidatenliste ablehnen, die den Namen „Eugenberg“ enthielte. Eine ähnliche Erklärung wurde von einem Vertreter westfälischer Landwirtschafter abgegeben. Es entspann sich über diese Erklärungen eine Aussprache, die auch Herrn Dr. Eugenberg veranlaßte, in seinem Schlußwort polemische Ausführungen gegen Führer des Jungdeutschen Ordens zu richten. Die Leitung der Versammlung lag in den Händen des Herrn Abgeordneten Koch-Dejnhausen, der das Wort zur Aussprache nur an Parteimitglieder des deutschnationalen Landesverbandes Westfalen-Ost erteilte. Der Jungdeutsche Orden wird deshalb weitere Gelegenheiten wahrnehmen müssen, um sich mit Herrn Dr. Eugenberg auseinanderzusetzen.“

Von alledem war in der deutschnationalen Presse und selbstverständlich in den Eugenbergs unternütigen Organen nicht ein Wort zu lesen. Sie alle rühmen sich trotzdem der „objektiven Berichterstattung“. Abgesehen davon, ist der Kampf zwischen Eugenberg und dem Jungdeutschen Orden nicht neu. Aber die Art, wie er auf dem deutschnationalen Parteitag ausgetragen wurde, läßt vermuten, daß Eugenbergs Rolle als Parlamentarier bald ausgespielt ist.

Die Marquise von G.

Novelle von Heinrich von Kleist
Schluß

Die Marquise rief, indem sie sich plötzlich wandte: „Nun? Doch ihn nicht? —“ und schlug mit einem Blick, funkelnd wie ein Wetterstrahl, auf ihn ein, indessen Blässe des Todes ihr Antlitz überflog.

Der Graf hatte ein Knie vor ihr gesenkt; die rechte Hand lag auf seinem Herzen, das Haupt sank auf seine Brust gebeugt, lag er und blickte hochschlend vor sich nieder und schweig. „Wen sonst?“ rief die Obristin mit beklemmter Stimme, „wen sonst, wir Sinnberaubten, als ihn?“

Die Marquise stand starr über ihm und sagte: „Ich werde wahnsinnig werden, meine Mutter!“

„Du Törlin!“ erwiderte die Mutter, „so sie zu sich und flüsterle ihr etwas in das Ohr. Die Marquise wandte sich und stürzte, beide Hände vor das Gesicht, auf das Sofa nieder. Die Mutter rief: „Unglücklich! Was fehlt dir? Was ist geschehen, worauf du nicht vorbereitet warst?“

Der Graf wich nicht von der Seite der Obristin; er sagte, immer noch auf seinen Knien liegend, den äußersten Saum ihres Kleides und küßte ihn. „Liebe! Gnädigste! Berechnungswürdigste!“ flüsterte er; eine Träne rollte ihm die Wangen herab.

Die Obristin sagte: „Stehen Sie auf, Herr Graf, stehen Sie auf! Trösten Sie jene; so sind wir alle verfehlt, so ist alles vergeben und vergessen.“

Der Graf erhob sich weinend. Er ließ sich von neuem vor der Marquise nieder, er sagte leise ihre Hand, als ob sie von Gold wäre und der Duft der seinigen sie trüben könnte.

Doch diese: „Gehn Sie! Gehn Sie! Gehn Sie!“ rief sie, indem sie aufstand: „auf einen Lasterhaften war ich gefaßt, aber auf keinen — — Teufel!“ öffnete, indem sie ihm dabei gleich einem Pestvergifteten auswich, die Tür des Zimmers und legte: „Ruft den Obristen!“

„Julietta!“ rief die Obristin mit Erstaunen. Die Marquise blickte mit tödlicher Wildheit bald auf den Grafen, bald auf die Mutter; ihre Brust flog, ihr Antlitz loderte; eine Furie blüht nicht schrecklicher.

Der Obrist und der Fortmeister kamen, „Diesem Manne, Vater,“ sprach sie als jene noch unter dem Eingang waren, „kann ich mich nicht vermählen!“ griff in ein Gefäß mit Weihwasser, das an der hinteren Tür befestigt war, beprengte in einem

großen Wurf Vater und Mutter und Bruder damit und verschwand.

Der Kommandant, von dieser seltsamen Erscheinung betroffen, fragte, was vorgefallen sei, und erblähte, da er in diesem entscheidenden Augenblicke den Grafen F... im Zimmer erblickte. Die Mutter nahm den Grafen bei der Hand und sagte: „Frage nicht, dieser junge Mann bereut von Herzen alles, was geschehen ist; gib deinen Segen, gib, gib, so wird sich alles noch glücklich endigen.“ Der Graf stand wie vernichtet. Der Kommandant legte seine Hand auf ihn; seine Augenwimpern zuckten, seine Lippen waren weiß wie Kreide. „Möge der Fluch des Himmels von diesen Scheiteln weichen!“ rief er; „wann gebeten Sie zu heiraten?“

„Morgen,“ antwortete die Mutter für ihn, denn er konnte kein Wort hervorbringen, „morgen oder heute, wie du willst; dem Herrn Grafen, der so viele schöne Beiefertigung geegelt hat, sein Vergehen wieder gutzumachen, wird immer die nächste Stunde die Heßte sein.“

„So habe ich das Vergnügen, Sie morgen um elf Uhr in der Augustinerkirche zu finden!“ sagte der Kommandant, verneigte sich gegen ihn, rief Frau und Sohn ab, um sich in das Zimmer der Marquise zu verfügen, und ließ ihn stehen.

Man bemühte sich vergebens, von der Marquise den Grund ihres sonderbaren Betragens zu erfahren; sie lag im heftigsten Fieber, wollte durchaus von Vermählung nichts wissen und hat, sie allein zu lassen. Auf die Frage, warum sie denn ihren Entschluß plötzlich geändert habe, und was ihr den Grafen gefährlicher mache als einen andern, sah sie den Vater mit großen Augen zerstreut an und antwortete nichts. Die Obristin sprach, ob sie vergessen habe, daß sie Mutter sei, worauf sie erwiderte, daß sie in diesem Falle mehr an sich als ihr Kind denken müsse, und nochmals, nachdem sie alle Engel und Heiligen zu Zeugen anrief, versicherte, daß sie nicht heiraten würde. Der Vater, der sie offenbar in einem überreizten Gemütszustand sah, erklärte, daß sie ihr Wort halten müsse, verließ sie und ordnete alles, nach gehöriger schriftlicher Rücksprache mit dem Grafen, zur Vermählung an. Er legte demselben einen Heiratskontrakt vor, in welchem dieser auf alle Rechte eines Gemahls Verzicht tat, dagegen sich zu allen Pflichten, die man von ihm fordern würde, verpflichtete sollte. Der Graf sandte das Blatt, ganz von Tränen durchfeuchtet, mit seiner Unterschrift zurück.

Als der Kommandant am andern Morgen der Marquise dieses Papier überreichte, hatten sich ihre Geister ein wenig beruhigt. Sie durchlas es, noch im Bette sitzend, mehrere Male, legte es sinnend zusammen, öffnete es und durchlas es wieder; und erklärte hierauf, daß sie sich um elf Uhr in der Augustiner-

kirche einfinden würde. Sie stand auf, zog sich, ohne ein Wort zu sprechen, an, stieg, als die Glode schlug, mit allen Thüren in den Wagen und fuhr dahin ab.

Erst am dem Portal der Kirche war es dem Grafen erlaubt sich an die Familie anzuschließen. Die Marquise sah während der Feierlichkeit starr auf das Altarbild; nicht ein flüchtiges Blick ward dem Manne zugeteilt, mit welchem sie die Ringel wechselte. Der Graf bot ihr, als die Trauung vorüber war, der Arm; doch sobald sie wieder aus der Kirche heraus waren, verneigte sich die Gräfin vor ihm; der Kommandant fragte, ob er die Ehre haben würde, ihn zuweilen in den Gemächern seiner Tochter zu sehen, worauf der Graf etwas stammelte, das niemand verstand, den Hut vor der Gesellschaft abnahm und verschwand.

Er bezog eine Wohnung in W... in welcher er mehrere Monate zubrachte, ohne auch nur den Fuß in des Kommandanten Haus zu setzen, bei welchem die Gräfin zurückgeblieben war. Nur seinem garten, würdigen und müßerhaften Betragen überall, wo er mit der Familie in irgendeine Berührung kam, hatte er es zu verdanken, daß er, nach der nunmehr erfolgten Entbindung der Gräfin von einem jungen Sohne, zur Taufe desselben eingeladen ward.

Die Gräfin, die, mit Teppichen bedekt, auf dem Wochenbette lag, sah ihn nur auf einen Augenblick, da er unter die Tür trat und von weitem ehrfürchtig grüßte. Er warf unter den Geschenken, womit die Gäste den Neugeborenen bewillkommneten, zwei Papiere auf die Wiege desselben, deren eines, wie sich nach seiner Entfernung auswich, eine Schenkung von zwanzigtausend Rubel an den Knaben und das andere ein Testament war, in dem er die Mutter, falls er stürbe, zur Erbin seines ganzen Vermögens einsetzte. Von dem Tage an ward er auf Veranlassung der Frau von G. öfter eingeladen; das Haus stand seinem Eintritt offen, es verging kein Abend, da er sich nicht darin geegelt hätte. Er fing, da sein Gefühl ihm sagte, daß ihm von allen Seiten, um der gebrechlichen Einrichtung der Welt willen, verziehen sei, seine Bewerbung um die Gräfin, seine Gemahlin, von neuem an, erhielt nach Verlauf eines Jahres ein zweites Antwortwort von ihr, und auch eine zweite Hochzeit ward gefeiert, froher als die erste, nach deren Abbruch die ganze Familie nach W... hinausging. Eine ganze Reihe von jungen Knaben folgte jetzt noch dem ersten; und da der Graf in einer glücklichen Stunde seine Frau einst fragte, warum sie an jenem fürchterlichen Dritten, da sie auf jenen Lasterhaften gefaßt sah, vor ihm gleich einem Teufel geflohen wäre, antwortete sie, indem sie ihm um den Hals fiel: er würde ihr damals nicht wie der Teufel erschienen sein, wenn er ihr nicht bei seiner ersten Erscheinung wie ein Engel vor gekommen wäre.

Ladentisch-, Tisch- u. Fensterplatten aus prima weißem Marmor, Quadratmeter **RM 45.—**. **Waschtisch-Garnituren** 110x63 **RM 58.50** und 94x57 **RM 50.—**. **Schreibzeuge** anerkannt gute Qualität.
J. E. Rother, Marmorindustrie, Wallhalbinsel, bei der Klappbrücke. Tel. 29610. Gold-Medaille. Maschinen neuester Konstruktion

Amtlicher Teil

Bekanntmachung

betr. Zahlung der Umlage für 1927 im Travemünder Winkel

Die Abgabepflichtigen haben die Umlage für 1927 mit RM 1.50 je Hektar nach der Abgrenzung vom Februar 1927 vom 1. bis 30. November bei Herrn **Wolff, Travemünde, Torstraße 40**, zu entrichten. Abständliche Beträge unterliegen der Zwangsvollstreckung im Verwaltungswege (§ 4 des Gesetzes betr. die Verpfändung der Gemeinden zur Zahlung von Abgaben von 1925)

Lübeck, den 7. November 1927
Die Landwirtschaftskammer
 für das Gebiet der freien und Hansestadt Lübeck
F. Henk, Debon-Wat **H. Puckelhoff**
 Vorsitzender Geschäftsführer

In Sachen betr. das Konkursverfahren über den Nachlaß des verstorbenen Uhrmachers und Goldarbeiters **Wilbert Matern** soll die Schlußverteilung erfolgen. Verfügbar sind 605,88 RM. Zu berücksichtigen sind 1094,49 RM nicht bevorrechtigte Forderungen. Das Schlußverzeichnis ist zur Einsicht in der Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts, Zimmer 19, niedergelegt.

Lübeck, 7. November 1927
Grünau, Konkursverwalter

Nichtamtlicher Teil

Frieda Franz
Hans Wulff
 Verlobte
 Lübeck, 5. Nov. 1927

Für erwiesene Aufmerksamkeit zu unserer Vermählung sagen wir herzlichsten Dank.
Herm. Glasen u. Frau
 Hertha geb. Krug
 Berlin-Wilmersdorf
 im November 1927

Nach kurzer Krankheit entließ plötzlich unser lieber, lieber
Egon
 fast zwei Jahre alt tief betrauert u. schmerzlich vermisst
Wilh. Bove
 nebst seinem Bruder **Werner u. allen Angehörigen**
 Beerd. Freitag, 11. Nov., 1 1/2 Uhr, v. d. Leichenh. Vorwerk.

Für die vielen Geschenke u. Glückwünsche zu unserer Silberhochzeit sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unsern herzlichsten Dank.
E. Buck u. Frau
 Stodsdorf
 Ahrensböler Straße 70

Deutscher Verkehrsbund
 Ortsverwaltung Lübeck

Nachruf!
 Am 6. d. Mts. verstarb unser Kollege der Lastdiarbeiter
Johs. Fock
 Ehre seinem Andenken
 Beerdigung findet am Donnerstag, d. 10. d. Mts., nachmittags 1 1/2 Uhr von der Kapelle Vorwerk aus statt.
 Die Ortsverwaltung

Am Sonntag früh entließ seufz mein lieber Mann, unser treuer, geliebter Vater, Großvater, Bruder, Schwager, der Kaufmann
Heinrich Lüth
 im fast vollendeten 69. Lebensjahr
 Lübeck, Hohelandstr. 63, d. 8. Novbr.
 Am Namen der Hinterbliebenen
Emilio Lüth geb. Meyer
Hermann Lüth und Frau
 geb. Beckmann
Ernst Kogelmann und Frau
 geb. Lüth
 und 2 Enkelkinder
 Trauerfeier: Donnerstag, 10. Nov., 10,30 Uhr vorm., i. d. Kap. d. Burglorsriedh.

Schneiderin sucht Beschäftigung im Hause
Marks, Grüner Weg 6

Das Schulgrundstück in **Waltendorf** ist sofort zu verm. Jahresmietende 300.— RM. Näheres im Bureau der Oberschulbehörde, Glodensteherstr. 4, 1.

Kinderwagen 10 RM
 Geniner Straße 125, pt.

Edelst., Tisch u. Stühle
 Balanzerstr. 35, 11
 Kinderbettstelle zu verkf.
 Brodesstr. 49

R. S. U. 2 Jpl. 250 RM
 Mäh. Anmstr. 12a

Mieten v. Glas u. Holz
 St. Annenstr. 28 u. 22

Empfehle mich zum Einrahmen u. Reinigen v. Bildern, sowie zu sämtlichen Buchbinderarbeiten. **Aug. Jürgensen**
 Schwarzlau, Schulstr. 4

Futterkartoffeln
 große, 3tr. RM. 3,75
Karl Henning
 Mengstr. 228; one f. VIII 60

Öffentliche Versteigerung
 Am Donnerstag, d. 10. d. Mts., vorm. 9 Uhr, sollen in der Versteigerungshalle des Gerichtshauses nachstehende Gegenstände öffentlich meistbietend versteigert werden:

- 1 Tafelwaage, 1 Registrierkasse, 1 Schreibpult (Mahagoni), 1 Geräteschrank,
 - 1 gr. Partie Fahrradzubehöriteile wie Fahrradlender, Fahrradlaternen, Sattel und Satteltaschen, Klingeln, Ketten u. Handgriffe für Fahrräder, 1 Sozius, 1 Fahrradanhängerwagen, 6 gepannte Kadmien mit Freilauf, Kettenlasten, Fahrradgabeln, Kettenräder, Motorradlaternen, Strehen, Sattelschalen, Motorradhupen, Spiegel, Fahrradschlüssel, Taschenlampenbatterien, Luftpumpen, 20 Ges. Kugeln, 500 Speichen, Kleiderneße, Delfannen, Jagdkränze, Bedale, Innentklemmen, Kurbel, Lagerachsen, Satteldecken, Ersatzteile Kaumann Tornado und Schladih, Chonen, Freilaufschlüssel, Holenklammern, Kettenpanner, Pumpenhalter, Chonen, Schrauben u. Pedalschlüssel, Dese u. Felge, Gummiringe, Maschinennadeln, Ventile, Laternenhalter, Felgen, sowie
 - 1 größere Partie Tafelschokoladen u. Plätzchen sowie Rhein- u. Moselweine, Sekt u. Steinhäger, eine Schreibmaschine u. v. a. m.
- Böttcher, Gerichtsvollzieher.

Für die richtige Wiedergabe **telephonisch** übermittelter Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. Fehlerhafte, auf diesem Wege bestellte Anzeigen gehen zu Lasten des Bestellers.
 Die Geschäftsstelle des **Lübecker Volksboten**.

Paul von Schoenaich:
Die Peitsche des August Schmidt
 Zwischen Ford und Lenin
 Eine leider nur zum Teil wahre Geschichte
 Gehetel 2.80 RM
Buchhandlung Lübecker Volksbote
 Johannisstraße 46

Zigaretten Zigarren
C. Wittfoot
 Ob. Luxstr. 18.

Spielfarten
 gut und billig
 Buchhandlung **Lübecker Volksbote**
 Johannisstraße 46

Restaurant „Schön-Eck“
 Mittwoch, 9. November
 abends 8 Uhr
Großer Preisstakt
 in Fleischpreise
Friedrich Dopp

B. f. E. u. U.
 Montag, d. 14. Nov.
 abends 8 Uhr
Aula der Erntedankschule
Dr. Geyer und Landeslehrer **Dr. Schwarz**:
 „Die deutschen Land-erziehungshelme“
 Gäste willkommen

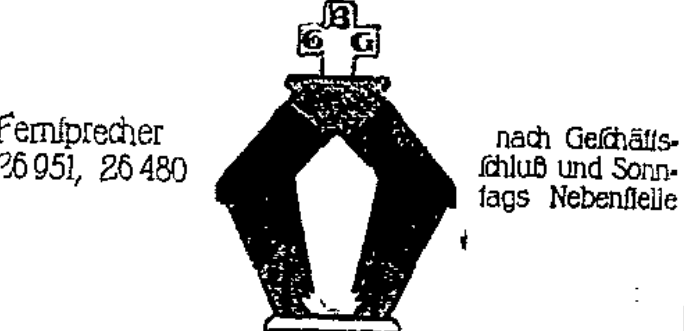
Stadtheater Lübeck
 Dienstag, 20 Uhr:
Das Mädchen des Eremiten (Oper)
 Ende 22.40 Uhr
 Mittwoch, 20 Uhr:
Der Biberpelz
 (Diebstahlskomödie)
 Donnerstag, 20 Uhr:
Leonie (mit Modenschau)
 Freitag, 10.30 Uhr:
Die Africanerin
 (Oper)

Zur Kräftigung Trinket Wilcken's Doppel-Malzbier Aerztlich empfohlen
 Telefon 29938/59

Zum 9. November!
Fahnen
Schwarz-Rot-Gold
 Größe 80x120 cm Fahnentattun 1.80
 .. 80x150 cm .. 1.60
 .. 120x200 cm .. 3.20
 .. 120x250 cm .. 3.95
 .. 120x300 cm .. 5.00
 .. 150x300 cm .. 6.50
 .. 120x220 cm Baumwolle 6.00
 .. 120x250 cm .. 7.50
 .. 150x300 cm .. 11.25

Buchhdlg. **Lübecker Volksbote**
 Johannisstraße 46

Gemeinnützige Bestattungsgesellschaft
 m. b. H. Lübeck



Fernsprecher 26 951, 26 480 nach Geschäfts-schluss und Sonntags Nebenstelle
Hundestraße 49-51
 Bietet Gewähr für preiswerte und pfeifähige Ausführung von Bestattungen
 Einzigstes Unternehmen in Lübeck, welches nicht auf Erwerb gerichtet ist

Geschäftsübernahme
 Teile hierdurch mit, daß ich die Gastwirtschaft von **Frau L. Kirchberg, Rosenstr. 11**, übernommen habe und eröffne dieselbe am **Mittwoch, dem 9. November**. Für gute Speisen und Getränke werde ich jederzeit Sorge tragen und bitte ich, mich in meinem jungen Unternehmen gütigst zu unterstützen.
 Hochachtungsvoll
Georg Fokuhl, Rosenstraße 11

Harry Domela
Der falsche Prinz
 Karioniert
 P. Rm. 2.80

Lübecker Volksbote
 Johannisstraße 46 Fernruf 25351-53

HANSA-NEATER
 Nur noch 2 Tage!
 Die große Revue

Die Welt um Mitternacht
 Die Leser des Volksboten und deren Angehörige (bis zu 6 Personen) erhalten bei Vorzeigung des Inserats **50% Ermäßigung** auf allen Plätzen. 5687
Bitte ausschneiden

Union-Lichtspiele
 Lübecks Schmuckkästchen
Engelsgrube 66 Tel. 26 152
 Wochentags Eintrittspreise 60 und 80 RM, täglich 2 Vorstellungen um 5 und 8 Uhr

Die Verrufenen
 (Der fünfte Stand)
 Das gewaltige soziale Drama von den Aermsten der Armen. In den Hauptrollen **Mady Christians** sowie fast alle bedeutenden Filmkünstler
Gigolo, der Tänzer für Geld
 Ein ungemein spannendes Drama mit **Rod la Rocque**

Wochenschau und Kulturfilm

Konzerthaus Lübeck
 Morgen Mittwoch 20 Uhr
Großer Gesellschafts-Tanzabend
 Eintritt: Damen 30 RM, Herren 50 RM
 Sonnabend
 Uebereinkommen der Fahrbeamten L. B. E.

„Hat die Freimaurerei heute noch kulturelle Bedeutung?“
 Vortrag des Herrn **Dr. Erich Tschirn**, Stettin
 Herren, die keiner Loge angehören, können Freitkarte gegen Mitteilung ihrer Anschrift unter L 382 erhalten.

Deutscher Verkehrsbund
 Ortsverwaltung Lübeck

Gemeinschaftliche Mitgliederversammlung
 am Donnerstag, dem 10. November 1927, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus
 Tagesordnung:
 1. Abrechnung vom 3. Quartal 1927
 2. Bericht vom Ortsauschuß
 3. Verschiedenes
 Die Ortsverwaltung

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität
 Ortsgruppe Lübeck

Gr. Gala-Saalfest
 am 12. November 1927
 im Gewerkschaftshaus
 Kassenöffnung 6 1/2 Uhr Ende 2 Uhr
 Eintritt für Herren 60, Damen 40 Pfg.

Luisenlust
 Mittwoch, Gr. Sonntagnachmittag
 Eintritt u. Tanz frei

Freistaat Lübeck

Dienstag, 8. November

An alle Parteigenossen!

Vom 13. bis 20. November findet in Lübeck die durch Parteitagbeschluss vorgeschriebene **Werbewoche** statt.

Am Mittwochabend versammeln sich zur Vorbereitung und Aussprache sämtlicher tätigen Genossen im Gewerkschaftshaus.

Da zur Einleitung ein politisches Referat vorgetragen wird, hat der Parteivorstand beschlossen, diese besondere Parteiverammlung allen Parteimitgliedern zugänglich zu machen.

Die Parteiverammlung am Mittwoch wird die Einleitung sein für die Werbewoche. Die Werbewoche aber soll den Auftakt bilden für das entscheidungsreiche Wahljahr 1928.

Der Parteivorstand erwartet, daß jeder Sozialdemokrat seine Pflicht erfüllt.

Vom Hanja-See-Flughafen Travemünde

Der Hanja-See-Flughafen Travemünde steht im Zeichen der Großflugboote. Zu den beiden **Nohrbach-Roco** und dem **Dornier Superwal** gesellte sich am Montag nachmittags um 1 Uhr ein zweiter Superwal, D. 1255, das erste Flugboot dieses Typs, das in den nächsten Tagen in dem Ueberseeverkehr der Deutschen Luft-Hanja auf der Strecke **Travemünde - Malmo - Kopenhagen** Verwendung finden soll. Es kam direkt aus der Werft Friedrichshafen, wo es auch seine Abnahmeflüge erledigt hatte, war vorgelagert unter der Führung von Kurtz als Amsterdamer gestiegen, Montag vormittags um 10 Uhr erfolgte der Weiterflug an der Nordsee Küste entlang.

Die beiden anderen Flugboote haben inzwischen ihre Vergleichsflüge vor Vertretern der Severa und der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt weiter fortgeführt. Die **Roco** hat den ersten Teil der Prüfungsflüge so weit erledigt, daß sie in den nächsten Tagen in Warnemünde ihre Seefähigkeitsflüge unternehmen wird. Ueber das Resultat des ersten Teils ihrer Prüfung läßt sich folgendes sagen: Die Geschwindigkeitsmessung ergab etwa 220 Kilometer pro Stunde. Die Höhenflüge brachten eine Maximalhöhe von 2900 Meter mit beachtenswerten Steigzeiten, und zwar die ersten 1000 Meter in 6,1 und bis zu 2000 Meter in 15,3 Minuten. Die am Montag unternommenen Luftflüge waren sogenannte Drosselflüge zur Ermittlung des Aktionsradius, deren Ergebnis noch nicht vorlag.

Dr. Neumann dementiert

In einer Zuschrift an die bürgerliche Presse stellt Herr Dr. Neumann in Abrede, an dem von uns in unserer Sonnabendausgabe bekämpften Artikel der „Samb. Nachr.“ direkt oder indirekt beteiligt zu sein.

Herr Dr. Neumann hat im Laufe der letzten zwei Jahre über wichtigere Dinge als die Verfälschung eines geschmacklosen Artikels Dementis losgelassen. Dementis, die wir ihm beim besten Willen nicht zu glauben in der Lage waren.

Wollen wir also diesmal, in dieser unwesentlichen Frage, seiner Erklärung einigen Glauben schenken. Insbesondere deshalb wollen wir das, weil er sich für den ihm offenbar sehr nahe stehenden und sehr ergebenen Artikelschreiber doch ehrlich zu schämen scheint. In solchen Fällen muß man pflichtgemäß Nachsicht walten lassen.

Wiso — unterstellen wir diesmal die Erklärung des Herrn Dr. Neumann als wahr. Was ändert das an unseren Ausführungen vom Sonnabend? —

Zeit steht, daß der besagte Artikel aus dem Schmutzgeist von „Recht und Freiheit“ geboren ist. Zeit steht, daß das in dem Aufsatz verwandte Material aus der S.B.B.-Clique um „Recht und Freiheit“ stammt. Und hat sich Herr Dr. Neumann nicht offen zu „Recht und Freiheit“ und seinen Methoden bekannt?

Und war es nicht Herr Dr. Neumann, der in der bekannten Kolosseum-Versammlung mit der berühmtesten Vagabundin die „Franzosenhebe“ eröffnete? Und auf welcher Grundlage tat er das? Nur auf die Indiskretion eines ungetreuen Beamten hin, ohne sich die geringste Mühe zu geben, die Angelegenheit nachzuprüfen, wie es für ihn ein leichtes gewesen wäre.

Herr Dr. Neumann, Sie sind deshalb moralisch mitschuldig an der traurigen Verirrung eines Ihrer Getreuen! Der Geist, den Sie rufen, Ihr Geist, hat ihm die Feder geführt!

Deshalb ändert sich auch an der von uns am Sonnabend gekennzeichneten Sachlage nichts! Unsere Feststellungen und unsere Schlussfolgerungen bleiben bestehen! Wir haben unserm Urteil nichts mehr zuzufügen, aber wir können auch nichts davon zurücknehmen.

Dr. L.

Lübeds Seeverkehr im Oktober 1927

(Vom Statistischen Landesamt)

Es sind 389 Schiffe mit 89 227 Netto-Reg.-Tons, darunter 351 Dampfer mit 79 081, angelommen und 382 Schiffe mit 85 742 Reg.-Tons, darunter 346 Dampfer mit 81 928, wieder abgegangen. Der Gesamtschiffsverkehr belief sich also auf 771 zu Handelszwecken ein- und ausgehende Schiffe mit einem Netto-Raumgehalt von 174 969 Reg.-Tons, gegenüber 799 mit 172 892 im Vorjahre. Beladen waren einkommend 242 Schiffe mit 75 659 Reg.-Tons und ausgehend 201 mit 44 601. Dem Raumgehalt nach hatten hiernach 87,7 (102,6: 68,0) v. H. der einkommenden und 59,3 (65,2) v. H. der abgehenden Schiffe Ladung. Die deutsche Flagge führten 304 Schiffe mit 96 476 Reg.-Tons und eine ausländische 467 mit 78 493. Unter den Ausländern waren 48 Finnen, 171 Schweden, 20 Norweger und 198 Dänen. Den Verkehr mit deutschen Küstenplätzen vermittelten 131 Schiffe mit 31 287 Reg.-Tons und mit dem Auslande verkehrten 440 mit 143 702. Hiervon kamen auf den Verkehr mit Ostland 4 Schiffe mit 1442 Reg.-Tons, Lettland 10 mit 3525, Danzig 15 mit 8424, Finnland 81 mit 36 601, Schweden 158 mit 47 565, Norwegen 18 mit 5782, Dänemark 321 mit 27 769 und Großbritannien 22 mit 4047.

Die Schiffe brachten 119 403 (102,6: 94 650) Tonnen Güter an und nahmen 55 680 (80 384) Tonnen wieder mit. Der gesamte Güterumschlag betrug also 175 083 Tonnen gegen 175 034 im Vorjahre. Unter den Einfuhrartikeln stand die Holzzufuhr mit

26 810 Tonnen obenan; ihr folgten die Eisenbahnmaterialien mit 26 319 Tonnen, darunter 248 Tonnen englische, die Einfuhr von Erzen, Schlacken und Abbränden mit 26 222 Tonnen und von Kalksteinen mit 12 280 Tonnen. Aus Dänemark wurden herbeigeführt 1955 Rinder und 1263 Schweine hier angebracht. Ausgeführt wurden u. a. 15 394 Tonnen Salz, 8462 Tonnen Koks und 8176 Tons, 6584 Tonnen Düngemittel, 7147 Tonnen Getreide und Mais daraus. Mit deutschen Küstenplätzen wurden 31 287 (39 729) Tonnen Güter angesetzt, mit Finnland 11 517 (57 031), mit Schweden 49 871 (35 656), mit Norwegen 2555 (17 269) und mit Dänemark 17 840 (24 096).

Hugenbergs Weltkriegsfilm

Unter die er Ueberbühnen veröffentlicht Major a. T. A. Man. in Nr. 21 des Reichsbanners vom 1. November eine bemerkenswerte Kritik des von der Ullagegesellschaft gedrehten Weltkriegsfilm „Der Weltkrieg“, der demnächst auch in Lübeck aufgeführt wird. Major Man sagt sein abfälliges Urteil über den ersten Teil dieses „historischen“ Films in den Schlussätzen dahin zusammen:

Im großen und ganzen fordert dieser Weltkriegsfilm (Charaktere und Wiederspruch heraus! Er ist hinsichtlich der tatsächlichen Handlung blutleer, er züchtet, wie am Oberbeispiel dargestellt, mit seiner geschichtlichen Unwahrhaftigkeit Surreal-patriotismus, wirkt nicht militärisch aufklärend, sondern militärisch irreführend. Er mißbraucht die jugendliche Sentimentalität. Er macht in stiller, wichtigster Schlußfolgerung: „Dank daran und leid, auch wenn das Schicksal gegen euch entschieden!“ Das deutsche Volk hat dieses Geschwätz nicht notwendig! Er überlistet den Volksbewußtsein zum Teile bewußt unwahre Vorstellungen der großen Zusammenhänge. Daß der Kriegsschuldpropaganda mit Illerung des bekannten Lloyd-George-Ausspruchs, alle Staatsmänner der Vorkriegszeit seien in den Krieg „hineingestolper“, kaum gebietet ist, ist klar. Denn welchen moralischen oder tatsächlichen Nachfaktor stellt heute und für absehbare Zeit dieser Mann dar? Auch ein „Hineinstolpern“ der Staatsmänner ist zumindest vor dem Forum des eigenen Volkes schuldhaft. Manah anderer Hauptpunkt ist oberflächlich in diesem oberflächlichsten Filme noch getreift. Die Entbehrungen der Heimat! Es fehlen der fürstlichen Schatzkammern und Berliner Schlösser geöffneten Speisekammern! Es fehlen Darstellungen der Hunderte von Güterzügen, die — beladen mit Stahl und Eisen! — im Kriege monatlang ins neutrale Ausland rollten, um uns Nahrung für Weib und Kind dafür umzulassen. Es fehlt aber auch, während doch der Film das Kriegsgraubrot im Photobild vorführt, der Anblick der fürstlichen Schatzkammern und Schlösser, die sich trotzdem nicht öffneten, um ihren notwendigen Tauschhandel zu distanzieren! Dieser Film ist in jeder Beziehung unzulänglich, „historisch“ unwahr, erzählerisch schäblich!

Dieser Film ist ein deutschnationales Agitationsunternehmen. Die nordamerikanischen Geldgeber der Ufa haben selbstverständlich gegen solche Irreführung des deutschen Volkes nichts einzuwenden. Allen Anschein nach rentiert sie sich — zumal bei der billigen Herstellung des Films.

Eine Kontrolle der Arbeitslosen, die Bezücker des Lübecker Volksboten zu ermäßigten Preisen sind, findet am Donnerstag und Freitag von 9—11 Uhr im Gewerkschaftshaus statt.

Sparame Verwendung des Gases im Haushalt. Ueber dieses Thema wird am Mittwoch (siehe Anzeige) erstmalig in dem neu eingerichteten Vortragsaal der Werkstelle für Gas, Wasser und Elektrizität G. m. b. H., Breite Straße 21, ein öffentlicher Vortrag verbunden mit Kochvorführung gehalten. Keine Hausfrau sollte diese interessanten und lehrreichen Ausführungen verpassen.

Hansa-Theater. Die Metropol-Revue: Die Welt am Mikroskop wird heute und morgen Mittwoch zum letztenmal gegeben. In beiden Aufführungen tritt die Lübecker Tänzerin Tatjana Zunk auf.

S. P. D.

VERSAMMLUNG

der tätigen Genossen und Genossinnen
und der Betriebsvertrauensleute
am Mittwoch, 9. Nov., abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus

1. Dr. Leber: Reichspolitik
2. Werbewoche

Alle Parteimitglieder haben Zutritt!

Der Pensionär der Demokratie!

Ein Lübecker Mussolini?

Jede Stadt hat ihre komischen Käuze. Und es ist für Menschen mit offenen Augen einer der wenigen wirklich ungestörten Genüsse, diese komischen Originale zu betrachten und zu genießen.

Dies wandert durch Lübeds Straßen einsam im Zickzack eine ältere Erscheinung. Ihr Geschlecht bliebe unklar, verriet nicht ein breittreppiger Hut mit einiger Deutlichkeit die männliche Herkunft. Unter dem Hut sthen Kopf und Gesicht eines etwas zurückgebliebenen eigenartigen Jungen. Hände auf dem Rücken, lange Zigarre krampfhaft im Mundwinkel — so trippelt dieser komische Kauz mit kleinen Wackelschritten von Schaufenster zu Schaufenster, von Gede zu Gede. Scheu späht er dann und wann seinen Mitmenschen ins Gesicht, um sofort wieder zurückzuschauen in ein großes Loch.

Wenn er spricht, so hörtst du jene trostlos-kreisende Stimme, die für gewöhnlich als besondere Eigenart Berliner Weißbierbibditer gilt.

Otto Friedrich, der ehemalige Sozialdemokrat und Senator der alten Stadt Lübeck (wer ihn kennt, wußte schon, daß diese Beschreibung sich auf ihn bezog), spielte einst in Lübeck eine gewisse Rolle. Erst als Sozialdemokrat, später, nachdem er sich von seinem lieben Sozialismus verabschiedet hatte, als besonderer Günstling jener Kreise, die immer begeistert sind, wenn sie einen Ueberläufer begrüßen können.

Heute ist auch diese Rolle zu Ende. Heute ist Friedrich nur noch komischer Gegenstand amüsanter Wäudereien unter dem Strich. Der Haß der Arbeiter gegen ihren ehemaligen Freund hat bitterer Gleichgültigkeit Platz gemacht. Die jauchzende Begeisterung der oberen Zehntausend — nie kannte der Bourgeois Dankbarkeit — ist verbraucht und eingeschlafen.

So ganz ist der wehmütige Erbe einer gewissen Vergangenheit mit dieser vorzeitigen Bestattung seines Daseins nicht einverstanden. Von Zeit zu Zeit bäumt in dem irrenden Romanstreiber der alte journalistische Geltungsdrang auf. Dann pökt Otto Friedrich seinen Bleistift, um irgend einige seiner tödlich langweiligen Geistesprodukte aus seinem engen Schädel an die frische Luft zu befördern. Wo sie eine ebenso komische Figur machen, wie ihr geistiger Erzeuger selbst.

Bald ein Jahr mag es her sein, da schnitt Friedrich aus dem bekannten Buche des ehemaligen Sozialisten Hendrik de Man einen Artikel zurecht für den „Lüb. Gen.-Anz.“ Alle jene Stellen im Buch von Man hatte er herausgesehen, die gegen Sozialismus und Demokratie wettern. Ein erster schwacher Schimmer mussolinischen Geistes alühte also gewissermaßen auf

in dem ehemaligen Sozialdemokraten, dessen Persönlichkeit, was Tatkraft und Temperament angeht, sich zu Mussolini ungefähr so verhält wie ein Maulwurf zu einem Tiger.

Alle, die Friedrich kannten, lächelten nachsichtig ob seiner Marotten.

Aber alle, die damals gelächelt haben, werden in ein schallendes Gelächter ausgebrochen sein über die allerneueste Leistung. Denn wieder hat Friedrich auf dem Weg zu Mussolini eine Etappe zurückgelegt. Mit der verbliebenen Gebärde eines Cato zerkümmert er jetzt endgültig Demokratie und Freiheit!

Am 2. November, vor wenigen Tagen also, veröffentlichte nämlich Friedrich unter dem Strich der Lüb. Anz. — ausgerechnet Lüb. Anz. — ein Feuilleton über Lagarde.

Wer weiß schon was von Lagarde? Es mochte deshalb ein Lobenswertes Unternehmen sein, wenn ein Zeitgenosse, der sonst gar nichts zu tun hat, über diesen Herold bismarckischen Geistes der Gegenwart einiges erzählt. Nichts dagegen einzuwenden!

Wenn der betreffende Mann aber solch ein Feuilleton benutzt, um hochpolitische Weisheiten zu verkünden, dann muß man sich die Geschichte mal ein bißchen ansehen. Und wenn so ein alter und überzeugter Träger des Demokratenhutes jetzt plötzlich der Demokratie einen Fußtritt verfehen zu müssen glaubt, dann —

Herr Friedrich also schreibt in dieser Wäuderei über Lagarde:

„Der Prophet gilt nichts in seinem Vaterlande. Das Volk, der Heineke große Himmel, läßt jedem politischen Hanswurst und Narren, der ihm Schmeicheleien sagt, eher zu als dem rebellischen Wahrheitskänder.“

Und er zitiert dann mit Begeisterung diese Lagardeschen Grundsätze:

„Mit der Humanität müssen wir brechen! Jugend und gemeiner Mann fühlen sich dann am wohlsten, wenn sie tüchtig heranzüchten. — Die Nation besteht nicht aus der Masse, sondern aus der Aristokratie des Geistes! — Freiheit und Demokratie oder Liberalismus passen zueinander wie Feuer und Wasser!“

Und dann kommt zum Schluß der große Orgelton: „Euer krankes Volksleben kann nur gesunden, wenn Ihr wieder Deutsche werdet. Deutsche nicht des Wortes, sondern der Gesinnung.“

Diese neuen Weisheiten verkündigt also ein Otto Friedrich in den „Lüb. Anz.“ Er stellt sich damit endgültig in eine Reihe mit Mussolini, mit Winig, mit Wittern usw. — die Höhenunterschiede bleiben dabei natürlich außer Betrachtung.

Was an dieser komischen Entwicklung aber das Selbständige ist, der gute Friedrich hat diese Entwicklung seiner selbst offenbar noch gar nicht begriffen. Wie es ja überhaupt eines der charakteristischsten Merkmale seines Geistes ist, daß ihm immer die leh-

ten 10 Prozent unverständlich bleiben. Auch bei Lagarde hat er offenbar dieses Letzte nicht erfasst, daher die schrullenhafte Antithese zu Nietzsche.

Seine philosophischen Schnörkelchen kümmern uns natürlich nur nebenbei. Nur die Feindschaft, mit der er die Demokratie verfolgt, zwingt uns zu einigen Feststellungen.

Undank ist der Welt Lohn, so würde wohl die Demokratie selbst urteilen, wenn sie zu Worte käme. Und sie hätte recht, die Demokratie! Denn wer hätte wohl Friedrich seinen schönen und weidgepölkerten Lebensabend verbracht, wenn nicht die Demokratie? Wer hätte ihm den hohen Posten und die hohe Pension geschenkt? Seine jetzigen Freunde gewiß nicht! Sie hätten ihm etwas gepölkert, so begeistert sie sich auch einst über seine Schmeicheleien stellten.

Es ist schade, daß Lagarde nicht auch das Wort gepölkert hat: Die Demokratie hat an mir ihre Schuldigkeit getan, sie kann jetzt zum Teufel gehen.

Sicherlich hätte Friedrich auch diese Parole im Anzeilen seiner Seele nachgeführt.

Es ist wirklich schade, daß Lagarde dieses Wort nicht gesprochen hat. Dafür hat er aber einige andere schöne Sätze geschrieben, die wir jetzt auch einmal Herrn Friedrich zu Mut und Frommen anwenden wollen. Den einen zitiert er selbst:

„Der Staat braucht Lehrer und ist gegen Männer, welche nicht zu lehren verstehen, zu keinerlei Humanität verpflichtet und zu ihr nicht einmal berechtigt, weil er mit fremdem Gelde zahlt. Wer das Lehren nicht lernen kann, gehe seiner Wege und werde, was er werden mag. Wer sogenannte gute Stellen sucht, wenn er Lehrer wird, den soll man auf alle Weise loszuwerden suchen.“

Weshalb soll dieses wahre Wort nur für Lehrer gelten? Weshalb nicht auch für andere Beamte? Möchte Herr Friedrich doch einmal das Wort „Lehrer“ ersetzen durch das andere Wort: Senator. Dann würde er sicherlich sein Konterfei in einem ihm sehr unangenehmen Spiegel erblicken. Und dann würde auch seine Begeisterung für Lagarde sehr schnell abflauen. Denn höher als der Idealismus dieses Philosophen steht ihm die Pension der Demokratie, obwohl es sich dabei um fremdes Geld handelt.

Und zum Schluß hätten wir für Herrn Friedrich dann noch ein anderes Lagarde-Zitat bereit, das ebenfalls in den von ihm so oft zitierten „Deutschen Schriften“ steht:

„In der neuen Epoche unserer Geschichte ist unsere Hauptaufgabe die, möglichst viele Menschen zu Charakteren zu erziehen.“

Was Herrn Otto Friedrich anbetrifft, hat offenbar weder die Philosophie Lagardes noch irgendeine andere Justanz bisher diese „Hauptaufgabe unserer Geschichte“ gelöst.

Pinz.

Der Arbeitsmarkt verschlechtert sich

Bedeutende Entlassungen im Lübecker Bezirk

Bericht des Landesarbeitsamtes Mecklenburg-Vorpommern über die Lage des Arbeitsmarktes vom 27. Oktober bis 2. November

In der vergangenen Berichtswoche war ein weiteres Absinken der Arbeitslosenziffer zu verzeichnen. Durch Beendigung der Kartoffelernte kommen in der Landwirtschaft mehr und mehr die Hilfskräfte zur Entlassung. Auch der Beschäftigungsgrad anderer Berufsgruppen zeigt einen gewissen Stillstand. In der Metall- und Maschinenindustrie liegen die Einstellungsbedingungen nach. Das Holzgewerbe zeigt eine leichte Verschlechterung. Handlungsgewerbe ist noch wie vor schlecht beschäftigt. Im Baugewerbe kommen Zimmerer, Maler, Anstreicher und Bauarbeiter zur Entlassung. Maurer dagegen finden durchgänglich immer noch gute Beschäftigung. Die Zahl der arbeitslosen ungelehrten Arbeiter stieg durch Entlassungen aus der Landwirtschaft und dem Tiefbaugewerbe.

Am 2. November wurden gemeldet:

Mecklenburg-Schwerin 2003 (1023) Arbeitsuchende, davon 1203 (616) Hauptunterstützungsempfänger; Mecklenburg-Strelitz 162 (101) Arbeitsuchende, davon 62 (26) Hauptunterstützungsempfänger; Lübeck 2340 (2111) Arbeitsuchende, davon 1032 (905) Hauptunterstützungsempfänger; insgesamt 4565 (3837) Arbeitsuchende, davon 2297 (1847) Hauptunterstützungsempfänger.

In der Landwirtschaft wird die Beschäftigungsmöglichkeit weniger. Die für die Kartoffelernte herangezogenen Anhilfskräfte kehren langsam in die Städte zurück. Die Anforderungen an Arbeitskräften lassen infolge der vorgeschrittenen Jahreszeit und des schlechten Wetters nach. Angefordert werden vorwiegend noch Freiarbeiter und denische Schnitter, der Bedarf konnte gedeckt werden. Drescharbeiten wurden wegen der schlechten Witterung verschiedentlich eingestellt, doch werden andererseits noch Dreschmaschinen gesucht. Unverminderte Nachfrage besteht nach jüngeren Knechten, Weibern, Weibmädchen und vereinzelt nach Viehpflegern und -fütterern.

Die Lage in der Metall- und Maschinenindustrie hat infolge Entlassungen auf den Werken in Lübeck eine bedeutende Verschlechterung erfahren. In Mecklenburg blieb die Beschäftigungslage zufriedenstellend. Es wurden einige Formner und Schlosser entlassen. Aus dem Lübecker Bezirk konnten Mieter, Vorhalter und Warmmacher nach Hamburg vermittelt werden. In Lübeck selbst beschränkten sich die Einstellungen auf einige Bohrer, Dreher und Klempner. Die Blechballagenfabriken stellen laufend weibliche Arbeitskräfte ein.

Im Holzgewerbe und in der Möbelindustrie werden verschiedene Einstellungen und Entlassungen gemeldet. Im allgemeinen ist die Lage noch zufriedenstellend. Im Lübecker Bezirk ist Neigung zur Verschlechterung.

Von den verschiedenen Berufsgruppen im Baugewerbe sind die Maurer immer noch am besten beschäftigt und werden teilweise gesucht. Zimmerer, Maler, Bauarbeiter und Anstreicher kamen wiederholt zur Entlassung und konnten nicht immer neu vermittelt werden. Ein leichtes Ansteigen der Arbeitslosenziffer ist zu verzeichnen. Das Malergewerbe ist von allen Berufsgruppen des Baugewerbes am schlechtesten beschäftigt.

Ungelehrte Arbeiter kommen durch Beendigung von Draußenarbeiten immer mehr zur Entlassung. Der Zugang kommt hauptsächlich aus der Landwirtschaft und dem Tiefbaugewerbe, doch ist die Lage immer noch als zufriedenstellend zu bezeichnen. Eine größere Zahl sind Beschäftigungsmöglichkeiten in den Zuderfabriken, Maschinen und Stavenhagen. Im Warenbezirk werden Arbeiter zum Holzfällen gesucht. Infolge des geringen Hofenverkehrs melden sich in Wismar 51 Hafnarbeiter erwerbslos. Auch Lübeck meldet Steigerung der Arbeitslosenziffer durch Entlassungen auf dem Hofenwerft, den Holzlagerplätzen und der Landwirtschaft.

Die Hauswirtschaft hatte Zugang aus dem Gastwirts-gewerbe. Junge ungelehrte Kräfte sind schlecht unterzubringen.

Zur Behandlungspflicht der Geschlechtskranken

Man schreibt uns: In der hiesigen Tagespresse erschienen letzthin Artikel über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und das am 1. d. Mts. in Kraft getretene Gesetz. Nach dem Inhalt dieser Artikel, die sich u. a. auch mit der in dem neuen Gesetz vorgesehenen Pflicht der Geschlechtskranken, sich von einem approbierten Arzt behandeln zu lassen, befaßten, könnte man annehmen, daß nunmehr jeder Geschlechtskranke gezwungen wäre, sich ohne weiteres den ärztlichen Anordnungen zu unterwerfen. Es dürfte daher im Interesse der Allgemeinheit liegen, darauf hinzuweisen, daß dem nicht so ist und daß das erwähnte Gesetz auch Sicherungen zum Schutze der Kranken enthält. So heißt es z. B. im letzten Absatz des § 4 des Gesetzes: „Ärztliche Eingriffe, die mit einer ersten Gefahr für Leben oder Gesundheit verbunden sind, dürfen nur mit Einwilligung des Kranken vorgenommen werden. Die Reichsregierung bestimmt, welche ärztlichen Eingriffe insbesondere hierunter fallen.“ Das Reichsministerium des Innern hat nun in Gemäßheit mit dieser Bestimmung unter dem 11. September d. J. folgende Verordnung zum Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten erlassen:

„Zu den ärztlichen Eingriffen, die nur mit Einwilligung der Kranken vorgenommen werden dürfen, gehören insbesondere die Behandlung mit Salvarsan, Quecksilber- und Bismutpräparaten, die Entnahme der Rückenmarkslüssigkeit, die Cystoskopie, der Urterien-Katheterismus und die Dehnung der Harnröhre.“

Hieraus kann also auch nach dem neuen Gesetz kein Geschlechtskranke gezwungen werden, sich gegen seinen Willen mit Salvarsan, Quecksilber oder Bismut behandeln, oder eine Lumbalpunktion, Blasenpiegelung, Katheterisierung der Harnwege und Dehnung der Harnröhre vornehmen zu lassen.

*

Moising. Revolutionsfeier. Dem Gedenken der Novemberrevolution als einem entscheidenden Wendepunkt deutscher Geschichte und deutscher Arbeiterbewegung war die am Sonnabend von der Sozialdemokratischen Partei veranstaltete Feier gewidmet, zu der die Bevölkerung so zahlreich erschienen war, daß selbst die geräumige neue Turnhalle und die Tribüne kaum Platz genug boten. Die reiche Ausschmückung im leuchtenden Rot als dem Symbol sozialistischer Weltanschauung gab dem Raum ein würdiges Gepräge. Der von dem Genossen Hermann dirigierte, aus Lübeckern, Borwerfern und Moisingern zusammengesetzte, 180 Arbeiterführer umfassende Chor eröffnete die Feier mit der Nobels „Morgenrot“. Eine vom Genossen Walter Bauer-Lübeck vorgetragene Rezitation „Die Freiheit spricht“ leitete zu der Rede des Genossen Bürgermeister Böwig über, der in längeren Ausführungen auf die historische Bedeutung der Novemberrevolution, ihre Vorgeschichte und ihre Auswirkungen einging. Der Redner schloß mit tiefempfun-

Sublows Karriere

Von der Kaschemme ins Schloß

Ein baumlanger, brünetter junger Mann, dunkler Teint, sympathische Gesichtszüge, gut angezogen und sehr allerhand Ringe an den großen Fingern — das ist so ungefähr das Konterfei des neuen, zukünftigen Schwagers des Kaisers.

Ich kann mir sehr gut denken, daß er in seiner sorglosen Unwähligkeit und in seiner etwas kindlichen Lebensfreude das Herz einer nicht allern wollenden Frau zu erobern imstande war. Er hat schöne Augen und kann mit ihnen und mit dem breit gerateten Mund wie ein dummer Junge lachen — über ein Nichts. Ein Nichts, das auch erst her vorzuarbeitet und erst mitten in eine große Gesellschaft zu stellen weiß, so wie er es selbst verstanden hat, sich in den Mittelpunkt eines hochgeborenen Kreises zu versetzen.

Hochstapler ist er nicht. Er hat auch gar nichts von einem Domela an sich. Er ist Abenteuer. Vielleicht schmeichelt es seinem Empfinden,

mit den Hohenzollern verwandt zu werden, vielleicht schmeichelt es ihm, daß um seine Person ein Kampf entbrennt, den eine Prinzessin, Prinzen und ein deutscher Kaiser bestreiten müssen.

Jedenfalls hat ihm das Schicksal etwas zugeworfen, um das er, Alexander Sublow, gleich beneidet und beneidet wird: Reich-tum, Gloriole und Tagelohn. Sublow hat mit beiden Häupten zugegriffen, es ist zu verstehen.

Seit trockene Schuppen für zehn Pfennige zu fultern, taßel er lieber einmal vom Tische einer leibhaftigen, wenn auch etwas ältlichen Prinzessin. Und statt sich mit armen Teufeln und „aus-gemittelten Kennern“ herumzuschlagen, führt er lieber Konver-sation mit dem einsilbigen Kaiserhause. Er besitzt eine natürliche Klugheit, kein Raffinement. Es ist eine Art offenerherziger Dum-mheit: Er bleibt immer er selbst.

Ein wenig Manieren und Gesellschaftsformen hat er sich ja angeeignet, möglicherweise auch eine Aklammerung an genossene Kinderknebe. Aber er schnaubt noch immer mit der Nase — dennoch schnaubt er so, daß man ihm darüber nicht böse werden kann. Er lacht und erzählt einen Witz, den er mit der Pointe einer andern Anekdote verwechselt. Er lacht in einer Art genialer Unbeholfenheit und — man lacht mit. Wenn man ihm gegenüber- steht, wird man das Gefühl nicht los, daß seine unberechenbare Impulsivität ihn plötzlich den Tisch kippen lassen könnte, oder daß er aus beiden Hosentaschen je einen Revolver herausziehen möchte. Vielleicht denkt man auch daran, daß er mit einem Male die weiße Hemdbluse unter dem Frack öffnen wird, um einer seiner neuen königlichen Schwägerinnen eine

Tätowierung aus der Matrosenzeit zu offenbaren.

*

Das „peinliche“ Aufgebot

Der Aushang im Standesamt in Bonn hat folgenden Wortlaut:

„Es wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß 1. Alexander Sublow, ohne Beruf, wohnhaft in Bonn, vordem in Berlin, 2. die Friederike Amalie Wilhelmine Viktoria Prinzessin zu Schaumburg-Lippe, geb. Prinzessin von Preußen, ohne Beruf, wohnhaft in Bonn, die Ehe mitern-

ander eingehen wollen. Die Bekanntmachung des Aufgebots hat in den Gemeinden Bonn und Berlin zu geschehen.“

Wenn nicht unvorhergesehene Verzögerungen eintreten, soll die Hochzeit am 24. November stattfinden.

*

Vor nicht allzulanger Zeit — es war noch in diesem Früh-jahr — haben wir beide im Wartesaal vierter Klasse am Zoo-bahnhof versucht, um mit Sublows Worten zu sprechen, ein wenig zu überreden. Leider hätte uns das öfteren die Kriminalpolizei, die im besondern auf so todbühne Nachtwölfe scharf war. Der Berliner Matrosen ließ sich von einem ganz andern Standpunkte aus herrlich studieren — besonders mit Alexander Sublow als Führer. Plötzlich stieß er mich in meine sanft ruhenden Rippen.

„Du — es ist gleich vier Uhr, wir reisen!“

Er schleppte mich zum Fahrkartenschalter der Stadtbahn, und ich löste zwei Karten zweiter Klasse. Ich bezifferte. Mit einem er-lösten Gähnen waren wir uns in die weichen Polster eines Stadtbahnabteils zweiter Klasse und gönkelten unbelästigt bis zum späten Morgen um die herrliche Stadt Berlin. Ost bis nach Grünau und Kaulsdorf. Geschickt tauschten wir an den End-stationen die Züge. Fuhren wiederum eine Stunde tief schlum-mern nach dem Westen, Nord- und Südwind wechselnd.

Tagsüber konnte ich ihn in einer

übten Spieltaschemme im Berliner Westen

treffen, die dank des polizeilichen Glanzspielverbotes ihr Ende gefunden hat. Nur wenige Schritte von den eleganten Boule-vards eine Spelunke, die einen mit Haut und Haar fraß. Aber auch Angst, Hunger stiftete und zerlumpte Kleidung vor er-läuteten, misstrauenden Blicken verbar. Dort sah ich Sublow das große Wort, was er dank seiner baumlangen, feintigen Gestalt meist ungefragt wagen durfte. Er erzählte aus seinem Matrosen-leben, von Marselle, von Gefängnissen und Weibern — immer angemessen der Umgebung, in der man sich befand. Vielleicht, ohne daß er ein Wort davon glaubte, aber es imponierte. Nur einmal kam es zu einem wilden Streit, der dort an und für sich nicht zu den Seltsamkeiten zählte. Wenn ich mich nicht sehr irre, war es um eines kleinen Mädchens willen, dem Sublow seinen Schutz angeboten ließ. Stille flohen, Gläser splitterten, Rinn-lafen lachen. Währenddessen die beiden Kämpen voneinander ab-

„Dann —“ fluchte der eine.

„Hallo — in speate ingles?“

„Yes.“

Die schüttelten sich die Hände. Quatschten fortan flüchtig-liches Englisch. Er mischelte Kartenspiel, Wetten und die Spe-lunke wie nie.

Alexander Sublow lehrte bald darauf der Kaschemme den Rücken. Er hatte eine Stellung als Tellerwäscher in einem Re-staurant gefunden. Vor dort aus hat er den Sprung in sein neues Abenteuer getan. Ob es das letzte sein wird?

Nach ich — das muß ich zu meiner Ehre einfügen — lehrte nach diesem teils freiwilligen und unfreiwilligen Studien zu meiner verrosteten Feder zurück. Der Wartesaal vierter Klasse, Ringbahn Berlin und die Spieltaschemme wurden zu Erinnerun-gen, die nun eine Prinzessin allernächtig aufzurufen gerufen. Max Bernad.

Revolutionsfeier

am Freitag, 11. Novbr. abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus

Aufführung des Proletarischen Sprechchors:

◆ 1914-1927 ◆

Ein Spiel mit Chor nach Bruno Schönlanck

Ernst Toller und Theobald Tiger

Unkostenbeitrag 30 Pfg. Karten im Volksboten im Gewerkschaftshaus, bei Leismann und Ziehe

denen Worten des Dankes an die Opfer der Revolution. Es folgte die Aufführung von Alfred Auerbachs dramatischem Chor-werk „Europa“ durch den Proletarischen Sprechchor Lübeck. Das Werk, wie geschaffen, einer Revolutionsfeier In-halt zu geben, wurde von den Darstellern mit ganzer Hingabe gegeben. Bei der Apotheose stimmten die Zuhörer begeistert in den Sozialistenmarsch ein. Der folgende, unterhaltende, im we-sentlichen ebenfalls der Pflege sozialistischer Weltanschauung dienende Teil ward in der Hauptsache von den rührigen Arbeiter-sängern bestritten. Besonders wirkungsvoll würdigen Beethovens „Die Flamme lodert“, Lütjels „Bleibt vereint“ und Uffmanns „Der Freiheit mein Lied“ von den vereinigten Chören zu Gehör gebracht.

Küdnitz. Apothekenfrage in Küdnitz. Man schreibt uns: Der Gemeinnützige Verein für Küdnitz und Um-ggebung hatte zu einer öffentlichen Protestversammlung in das Lokal des Herrn Diedelmann in Küdnitz eingeladen. Erschienen waren etwa 40 Personen, außerdem war die Gesundheitsbehörde und der Gesundheitsrat vertreten. In einem ausführlichen Re-ferat legte der Vorsitzende, Pastor Ziefentz, die Not der Beschaf-fung von Apotheken für die Küdnitzer Bevölkerung dar. Es entspann sich daraufhin eine längere Debatte, an der sich auch die vier anwesenden Bürgerchaftsmitglieder beteiligten. Nach Klarstellung des Standpunktes der Gesundheitsbehörde, welche der Ansicht ist, daß zurzeit die Errichtung einer selbständigen Apotheke in dem etwa 3000 Einwohner umfassenden Küdnitz ver-früht sei, weil eine selbständige Apotheke bei einer derartig nie-drigen Einwohnerzahl nicht lebensfähig sei, kam man zu dem einstimmigen Beschluß, daß nunmehr die umgehende Errichtung einer Zweigstelle in Küdnitz als Fikale der Schlutuper Apotheke bei der zuständigen Behörde propagiert werden soll. Im An-schluß daran wurden die völlig ungenügenden Fahrver-hältnisse zwischen Küdnitz und Schlutup kritisiert. Man war auch hier der Meinung, daß umgehend eine gründliche Ver-besserung vorgenommen werden muß, und zwar durch die Be-schaffung einer Wagenfähre und eines Motorbootes ähnlich der Verbindung zwischen Travemünde und Brismall. Der Gemein-nützige Verein wird auch hierzu geeignete Schritte bei der zu-ständigen Behörde einleiten.

Verein der Stubenältesten

Waldmann ist Trumpf

Jedem Deutschen seine eigene Partei, daher das Massen-aufgebot von Parteien bei Wahlen, gegen das die Staaten durch Sicherheitsvorkehrungen sich zu schützen suchen. Aber welchen Schutz gibt es gegen die anstehende Seuche der Vereinsmeierei? Ein Votablatz von Bocholt enthält folgende Anzeige:

Verein ehemaliger Stubenältester Bocholt 1927. Mittwoch abend um 8.30 Uhr Neuaufnahme in der Wirtschaft Sitpaß, Münsterstraße. Wahl des Kassierers.

Der prov. Vorstand. Dem Hochholter Streben nach Vollkommenheit möchten wir Beistand leisten. Es ist ja recht schön, wenn die Stubenältesten

ihren Verein für sich haben; aber werden die verschiedenen Waffengattungen harmonisieren? Ein ehemaliger Landser, der die Ehre hatte, im Gardegranadierregiment Kaiser Franz Stuben-ältester zu sein, vergibt sich etwas, wenn er mit einem Stuben-ältesten a. D. ganz gewöhnlicher Stoppelpopler sich an einen Tisch setzt; und unumstößlich kann der weiland Stubenälteste der Garde du Corps mit einem simplen Traintulcher Gemeinschaft hatten. Für jede Waffengattung ein eigener Stubenältesterverein, und was den Stubenältesten recht, ist den ehemaligen Offiziersbürgern billig; so steigt der Deutsche sicher zu den Höhen des Geistes und bewahrt trefflich sein Gemüt.

Die Konsumgenossenschaften wehren sich

Die Organisation der Kolonialwarenhandeler in Gleiwitz hatte Hilfspersonen (Dienstmädchen, Arbeiterburschen oder fremde Schul-kinder) in Verteilungsgeschäften des Konsumvereins geschickt mit dem Auftrag, sich dort unberechtigterweise Waren zu verschaffen. Diese Handlung — die Verleitung von Konsumvereinsangehörigen zu unbefugter Warenabgabe an Nichtmitglieder — ist nach dem Genossenschaftsgesetz (§ 52) strafbar. Wie auch die Waren-abgabe an Nichtmitglieder strafbar ist. Die Händler wollten damit beweisen, daß der Konsumverein auch Waren an Nichtmit-glieder abgibt. Die Strafbarkeit und moralische Verwerflichkeit der Handlungsweise der Gleiwitzer Händlergesellschaft wird, wie die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ ausführt, keineswegs da-durch gemildert, daß das Reichsgericht die aus ihr hergeleiteten Schadenerschaftsprüfung der unmoralisch und geschwädigt handelnden Verleiter billigte und daß diese auf Grund des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb obendrein eine Prämie für frivole Verleitung der guten Sitten erhielten.

Nun haben die organisierten Steitiner Händler, Fleischer und Bäcker durch ein besonderes Schreiben ihre Berufskollegen aufgefordert, ebenfalls solche Prozesse anzustrengen, d. h. in ge-sehwädigter, strafbarer und unmoralischer Weise Konsumvereins-angehörige zu strafbarer Warenabgabe an Nichtmitglieder zu ver-leiten, um dann auf Grund solcher unsittlichen Handlungen Scha-denersatz beim Gericht zu suchen.

Die Konsumvereine greifen demgegenüber endlich zum Selbst-schutz, nachdem ihre Gebuld lange genug mißbraucht worden ist. Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ bringt folgenden Aufruf:

„Wir fordern hiermit die Konsumvereine auf, ihr Personal dahin zu instruieren, daß sie jedes Nichtmitglied, das bei ihnen Einkäufe zu machen sucht und die vorherige Erwerbung der Mit-gliedschaft ablehnt, verhaften und feststellen lassen, ob und von wem sie zu solchen geschwädigten Handlungen verleitet sind, und in jedem Falle gegen Verleiter und Verleiteten Strafantrag zu stellen. Der Name des Verleiters wäre öffentlich bekanntzugeben mit dem Hinzufügen, daß er sich durch unsittliche Handlungen materielle Vorteile zu verschaffen suchte. Vielleicht halten sich die Konsumvereine dadurch das geschwädigt handelnde Gesindel vom Leibe, das auf ihre Kosten sogar durch strafbares Verhalten Profite zu machen sucht. Im übrigen aber können wir nur immer wieder betonen: Für keinen Pfennig Ware an Nichtmitglieder! Wer die Vorteile der Konsumgenossenschaftlichen Organisation ge-nießen will, teile ihr gefälligst bei!“

Freie Rundfunkvorträge

Hörsaal der Volkshochschule, Hundestraße 8, Hofgebäude 1. Etage

Dienstag, den 8. November

16.00 Uhr: Die Schulaufsicht des Staates (Prof. Dr. Alois Fischer, München). — 17.00 Uhr: Das mittelalterliche Kaiserium (Prof. Dr. Karl Hampe, Heidelberg). — 18.00 Uhr: Die Stellung des Richters im Staat (Rechtsgerichtsrat Dr. Menke).

Mittwoch, den 9. November

16.00 Uhr: Amerika im Spiegel seiner Schulen. Reiseindrücke aus den Vereinigten Staaten (Prof. Dr. Schulz, Gießen). — 16.15 Uhr: Albrecht Janßen: Kolosch Nordsee. Landverluste und Landgewinne an der Nordsee (Vorlesung: Hans Langmaad). — 17.00 Uhr: Felscher und Staatsmann: Napoleon 1. (Oberst a. D. Bernhard Schwerdtfeger). — 17.30 Uhr: Die Violinsonat (Paul Elgers).

Angrenzende Gebiete

Provinz Südbad

Zusammensetzung der 19 Gemeinderäte in unserem Landesteil nach der Wahl am 6. November 1927

(Die in Klammern beigefügten Zahlen bezeichnen den früheren Stand vom 14. Dezember 1924.)

Gemeinde	Bürgerliche Sitze	Sozialdem. Sitze	Kommun. Sitze
Stadt Eutin	9 (10)	6 (5)	—
Land Eutin	5 (6)	7 (6)	—
Bad Schwartau	8 (8)	4 (4)	—
Stadt Ahrensböf	6 (6)	3 (3)	—
Land Ahrensböf	5 (5)	1 (4)	—
Malente	7 (7)	5 (5)	—
Bolau	6 (6)	6 (6)	—
Curau	4 (4)	5 (5)	—
Gieschendorf	7 (6)	5 (5)	—
Kentrichen	5 (5)	1 (1)	—
Obernwohde	6 (6)	3 (3)	—
Ost-Ratekau	7 (7)	2 (2)	—
West-Ratekau	6 (7)	6 (5)	—
Rebingsdorf	3 (3)	3 (3)	—
Rensfeld	3 (4)	7 (6)	2 (2)
Stadelsdorf	5 (6)	6 (5)	1 (1)
Sißlin	5 (5)	3 (4)	1 Unpart.
Sißel	6 (6)	3 (3)	—
Eniffau	3 (3)	3 (3)	—

Schwartau-Rensfeld. Resultat Bad Schwartau: 1924: Soz. Partei 661, Wirtschaftl. Liste 1424, Kommunistische Liste 105, Unpart. 15. — 1927: Soz. Partei 756, Einheitsliste 1361, Kommunisten 77, Unpart. 7. — Die einzige Partei, die gewonnen hat, ist die Soz. Partei. 8 Bürgerliche / Sozialdemokraten. Rensfeld: 1924: Soz. Partei 741, 6 Sitze, Wirtschaftl.-Partei 432, 4 Sitze, Kommunistische Partei 261, 2 Sitze. — 1927: Soz. Partei 865, 7 Sitze, Einheitsliste 419, 3 Sitze, Kommunistische 334, 2 Sitze. Wir haben hier allein die Mehrheit bekommen.

Cl. Eutin. Sozialdemokratischer Wahlerfolg. Einen beispiellosen Erfolg in der Hochburg der Reaktion erlangt die Sozialdemokratische Partei bei der Stadtratswahl am Sonntag. Es wurden für die sozialdemokratische Liste Henkel 1379 Stimmen abgegeben (1924: 1094) und 6 (5) Sitze errungen. Auf die bürgerliche sogenannte „Einheits“-Liste, die vom bürgerlichen Klassen bis zum Linksdemokraten alle Parteischattierungen umfaßt, entfielen 2110 Stimmen und 9 Sitze (1924: beide bürgerlichen Listen zusammen 2220 Stimmen und 10 Sitze). Es ist die höchste Stimmenzahl, die die SPD. je in Eutin erreicht hat; bei der Wahl zur Nationalversammlung im Januar 1919 waren es (einschl. USPD.) 1286, um dann auf etwa 1100 heruntersinken. Die bisherigen Vertreter der SPD. sind sämtlich wiedergewählt, als neuer wird der Genosse Karl Kniddehm hinzukommen. Von den Bürgerlichen sind fünf Kestlinge und Lehren nur vier der bisherigen Vertreter wieder. Durchgefallen ist auch der Turnvereinsvorsitzende Clasen; ihn, der durch seine „unpolitische“ Turnerei am meisten für die Rechtsparteien gewirkt hat, stellte man zum Dank an die 12. Stelle; die Beamten müssen auch auf dem Wahlvorschlag nach der Rangliste geordnet stehen. Auf die drei Bezirke verteilen sich die Stimmen wie folgt:

	Liste Ohmstede (1924: Vippel u. Brühl)	Liste Henkel
1. Rathaus	886 (1026)	285 (216)
2. Schule Auguststraße	741 (686)	307 (302)
3. Schule Elisabethstraße	483 (508)	697 (576)
Zusammen	2110 (2220)	1379 (1094)

(Anm.: Zwischen dem 1. und 2. Bezirk hat inzwischen eine andere Abgrenzung stattgefunden.) Wahlberechtigt waren 4285 (1049) Personen, die Wahlbeteiligung ist also außerordentlich hoch zu bezeichnen. — Auch aus der Landgemeinde Eutin wird ein bedeutender Erfolg gemeldet, auch dort hat die SPD. einen Sitz gewonnen und damit die Mehrheit (7 gegen 5). Während der zwei letzten Wahlperioden herrschte dort Stimmengleichheit. — Nun heißt es alle Kräfte anspannen, um auch bei der Landesauswahl am 20. November den Siegeslauf fortzusetzen. Wenn es möglich wurde, im Stadtrat der reaktionären Hochburg Eutin einen Sitz zu gewinnen, dann muß es auch im Landesauswahl gelingen.

P. Ahrensböf. Zur Stadt- und Gemeinderatswahl. In der Landgemeinde wurden 479 Stimmen abgegeben. Hier von erhielten: der SPD.-Vorschlag 214, die Bürgerlichen 265. Sodas das Verhältnis 4 zu 5 bestehen bleibt. Ueber 200 Wähler übten ihr Stimmrecht in der Landgemeinde Ahrensböf nicht aus. Hier muß noch viele Kleinarbeit geleistet werden. In der Stadt Ahrensböf stellt sich das Ergebnis folgendermaßen dar: SPD. 321, Liste Stammer 264 und Liste Höft 251 Stimmen. Auch in der Stadt blieben ungefähr 200 der Wähler fern. Obgleich die SPD. hier von 1924—27 über 60 Stimmen gewonnen hat, konnte doch kein Sitz mehr erobert werden. Es fehlten an dem 4. Sitz 4 Stimmen. Die Sitze verteilen sich folgendermaßen: SPD. 3 Sitze, Liste Stammer 3 Sitze und Liste Höft auch 3 Sitze.

Landesteil Südbad. Wer kann wählen zur Landesauswahlwahl am 20. November 1927? Entgegen der Wahlberechtigung zur Gemeinderatswahl, die eine Ansfälligkeitdauer von 6 Monaten (Wohnsitz) in der Gemeinde vorsetzt, kann zur Landesauswahlwahl jeder, der das 20. Lebensjahr am Wahltag vollendet und Reichsdeutscher ist, wählen. Er muß seit 6 Monaten einen Wohnsitz, das heißt eine Wohnung inne haben, die auf die Absicht der dauernden Weibehaltung einer solchen schließen läßt.

Welche sich ein jeder, auf den die obigen Bestimmungen zutreffen, sofort bei dem Gemeindevorstand seines Wohnortes, zwecks Eintragung in die Wählerliste.

P. Bad Schwartau. Die Kommunisten verhindern den Mandatszuwachs der SPD. zur Gemeinderatswahl. Die Kommunisten waren, vollkommen unberechtigt, immer sehr erboßt, wenn die Wahlung erscholl: Wer kommunistisch wählt, wählt deutschnational! Hier als heilsame Lehre der erneute Beweis: Bei der Wahl am Sonntag erhielt die Sozialdemokratie eine Stimmenzahl von 754. Sie hat somit seit dem Wahlgang 1924 98 Stimmen aufgeholt. Wer unseren Ort in der Zusammensetzung der Wählerchaft genau kennt, weiß, daß dieses ein beachtenswerter Erfolg ist. Die Kommunisten stellten, wie schon in dem Wahlkampf 1924 wiederum eine ganz ausfallslose Liste auf, die von den Bürgerlichen mit ihrer Einheitsliste lebhaft begrüßt wurde und das mit Recht! Die Kommunisten erhielten ganze 77 Stimmen, und weil diese mandatslos in den Papierkorb wandern, haben sie die Arbeiterschaft an der Erringung des 5. Mandats verhindert! Die Beschlußfähigkeit des Gemeinderats kann erfolgen, wenn 5 von 12 Mitgliedern den Versammlungsraum verlassen; das ist in besonderen Fällen eine starke Waffe. Dieses Mandat ist mit Hilfe der Kommunisten den Bürgerlichen zugute gekommen. Es bleibt daher bei der alten Befehung: 8 Bürgerliche, 4 Sozialdemokraten. Ebenso werden die Kommunisten bei der am 21. November stattfindenden Landesauswahlwahl nur Wahlhelfer der Rechtsparteien sein. Darum nochmals: Wer kommunistisch wählt, wählt deutschnational! Arbeiter, zieht eure Lehre hieraus!

P. Ahrensböf. Stiftungsfest. Am Sonntag veranstaltete das Arbeiter-Trommler- und Pfeifertorps sein 4. Stiftungsfest im Hotel Germania. Das Fest war von circa 450 Personen besucht. Geboten wurden drei einaktige Theaterstücke, die flott gespielt wurden. Die Spieler erlitten reichen Beifall. Sodann erfreute uns das Korps, das von Schwarzlauer Genossen verstärkt wurde, durch ein paar flotte Marsche. Hiermit fand der offizielle Teil des Festes seinen Abschluß. Ein nachfolgender Ball hielt jung und alt noch ein paar fröhliche Stunden beisammen. Auch hier sah man wiederum, daß sich auch in kleinen Orten, wo der Wille herrscht, viel für unsere Bewegung tun läßt. Darum dem Arbeiter-Sport ein kräftiges „Frei Heil!“

Der Fall Heydebrand

Das Gesicht der herrschenden Klasse

Regierungsrat Ernst von Heydebrand ist freigesprochen worden. Etwas anderes war auch nicht zu erwarten. Ein Mann, wegen Mordes an seiner Gattin angeklagt — auf freiem Fuß. Ein Staatsanwalt als Vertreter der Moralvorstellung in der Rolle des Verteidigers. Ein Vorsitzender, in objektiv nach Wahrheit forschend — wie es normalerweise nicht immer anzutreffen ist. Da konnte eine Verurteilung nicht zustande kommen.

Sie konnte es auch aus anderem Grund nicht. Kriminalistisch war der Fall Heydebrand bloß auf den Indizienbeweis angewiesen. War es Mord oder Selbstmord? Die Entscheidung lag in den Beziehungen der Haupttätigen zueinander, in der Art ihrer Persönlichkeit, in den vermutlichen Motiven zur Tat, im objektiven Befund des Tatortes.

Man denkt da unwillkürlich an einen anderen Sensationsprozess: an den Fall Straifer in Harburg. Auch dort lag die Leiche der Frau mit einer Schußwunde tot im Bette; auch dort war der Ehemann der einzige Zeuge des Vorfalls. „Selbstmord“ — meldete er den Behörden. „Selbstmord“ sagte der Staatsanwalt und stellte das Verfahren ein. Es wäre auch dabei geblieben, wenn nicht ein Jahr später der unglückliche „Selbstmord“ des Sohnes hinzugekommen wäre. Da wurde aus dem Selbstmord der Frau ein Mord des Gatten. Die Harburger Richter haben den Mörder zum Tode verurteilt. Aus Grund eines Indizienbeweises. Gerade aber deshalb haben sie eine Regnardigung befürwortet: ein Indizienbeweis bedeutet nie Gewißheit.

Der Indizienbeweis im Falle Heydebrand war aber viel stillenhafter als im Falle Straifer. Der objektive Befund am Tatorte: die Lage der Leiche, der Schußkanal usw. schloß einen Selbstmord nicht aus. Die Motive zur Selbstvernichtung waren wohl gegeben. Die Persönlichkeit der Selbstmörderin ließ ihre Tat als glaubhaft erscheinen.

War aber ein Mord unter allen Umständen ausgeschlossen? Nein! Der Befund am Tatort sprach nicht unbedingt dagegen. Die Motive der Tat lagen auf der Hand. Der Persönlichkeit des Herrn von Heydebrand war eine ähnliche Tat vielleicht doch zuzutrauen.

Weshalb hatte nun die Staatsanwaltschaft das Verfahren gegen ihn eingestellt? Weshalb den mutmaßlichen Mörder nach erzwungener Erhebung der Anklage — auf Mord steht ausschließlich Todesstrafe — ohne Kautelen auf freiem Fuß belassen? Weshalb nahm der Oberstaatsanwalt in der Gerichtsverhandlung der Verteidigung die Arbeit ab?

Geliebt den Fall: eine Frau aus kleinstädtischem Milieu. Besitzerin eines kleinen Vermögens, lag nach vorausgegangenem Streit über finanzielle Angelegenheiten tödlich verletzt mit einer Schußwunde auf ihrem Bette neben dem Ehemann. Vorausgesetzt weiter: der Mann habe wegen finanzieller Differenzen in steter Injustizität mit seiner Frau gelebt, er habe gefordert, von ihr unterhalten zu werden, er habe gewünscht, daß er von ihr enterbt werden soll.

Angenommen schließlich, der Mann, ein kühler berechnender Mensch, habe einmal vor Jahren die ernsthafte Absicht gehabt, seinen besten Freund zu erschlagen — angenommen dies alles: hätte da der Staatsanwalt das Verfahren eingestellt, den wegen Mordes Angeklagten auf freiem Fuß belassen, in der Gerichtsverhandlung den Verteidiger gespielt? Rimmer!

Weshalb denn im Falle Heydebrand? Hier schaut man in das schuldvolle Antlitz der herrschenden Klasse. Es ist der Staat der herrschenden Klasse, es ist ihre Justiz, ihre Staatsanwaltschaft. Zur herrschenden Klasse gehört auch Herr von Heydebrand. Deshalb brauchte er nicht schlechter behandelt zu werden. Die Behandlung, die ihm zuteil geworden, dürfte aber keine andere sein, als dies bei einfaßen Sterblichen üblich ist.

Der Prozess Heydebrand ist aber für die proletarische Öffentlichkeit nicht aber aus diesem Grunde zum Fall Heydebrand geworden. Das Problem: Mord oder Selbstmord? ist ein alltägliches. Die anders geartete Behandlung der Angehörigen der herrschenden Klasse durch die Justiz ist es nicht minder. Der Prozess Heydebrand hätte Beute des Sensationsliteriers bürgerlichen Lesers bleiben können, wenn sich hier nicht für den Herrschenden Klasse offenbarte. Allein das macht den Fall Heydebrand zur öffentlichen Angelegenheit.

Der Regierungsrat von Heydebrand, die Zeugen im Prozess, die Herren und Damen, deren von Jobeltik und von Vedow, von Gauchwitz und von Wrangel, von Brittwitz und von Rinckeln, von Pfeifen und von Rathmer — sie und ihresgleichen sind es ja, die dem Volk neue Steuerlasten auferlegt haben und ihm die kirchliche Schule besitzern wollen; die an der Todesstrafe festhalten und die Todesstrafe nicht fahren lassen wollen. Sie statuieren Sitte und Moral, verhindern Ehereform und Neugestaltung des bürgerlichen Gesetzbuches, die die Frau dem Manne enisklaven würde. Wie steht es nun im Privatleben dieser herr-

schenden Klasse aus? Die Antwort darauf gibt der Fall Heydebrand.

Geld regiert die Welt! Geld regiert die Moral! Geld bestimmt die verwandtschaftlichen Beziehungen. Geld, Geld und nochmals Geld!

Die geborene von Vedow, Tochter einer verarmten Adelsfamilie, heiratet den vermögenden Rittergutsbesitzer von Jobeltik. Der Mann verunglückt während eines Rittes — hohle Jungen behaupten, die Frau habe ihm das Pferd mit Absicht zugestoßen — die geordnete von Vedow wird Witwe. Ein Tochterlein, das kurz nach dem Tode des Mannes das Licht der Welt erblickt, stirbt. Die Mutter wird Besitzerin des gesamten Vermögens — es sind 3000 Morgen Land im Werte von über eine Million Goldmark. Die von Jobeltik lebende Tochter, der Mutter auf das Erbteil der Tochter an; das Kind ist nicht lebensfähig gewesen. Sie verlieren den Prozess, Farob grimmige Achze. Die verwandtschaftlichen Beziehungen haben...

Der Regierungsrat Ernst von Heydebrand, Neffe des bekannten Führers der Konventionen, hat sich von seiner Frau, einer geborenen von Mutius, geschieden. Als Ehebrecher wurde er zum schuldigen Teil erklärt. Die Hälfte seines Gehalts von 600 Mark muß er für Frau und Kinder hergeben. Wie soll ein von Heydebrand mit den realistischen 300 Mark leben? Er geht auf Freiersfüßen, wird um die verwitwete Frau von Jobeltik, Besitzerin von 3000 Morgen Land. Er ist kein Anabe mehr, diejet nützliche Herr, zählt 41 Jahre, kennt das Leben kennt die Menschen, besitzt Geist und Bildung, sieht, daß die reiche Witwe eine herrschtsichtige Frau ist; weiß, daß er ein schwacher, enttäuschter, in der Landwirtschaft wenig bewandelter Mann ist, daß er die Rolle eines Prinzegebahls spielen wird — es wird lähnen gehen!

Es geht aber nicht. Die Ehestreitigkeiten beginnen sofort nach der Heirat. Wenige Tage nach der Hochzeit ist die Frau enttäuscht. Die Versuche des Ehemannes, seine ihm durch das bürgerliche Gesetzbuch gewährten Rechte auf Verwaltung des Vermögens der Frau geltend zu machen, kosten bei ihr auf schärfsten Widerstand. Die Hemmungslustigkeit ihres temperamentvollen Charakters, ihre hysterische Konstitution werden genährt durch die beginnende Rückenmarkparalyse, die Folge einer innerlichen Erkrautung — wer mag sie mit Syphillis infiziert haben und mag nicht ihr Töchterchen an der gleichen Krankheit zugrunde gegangen sein? — Ein Zusammenleben mit dem lähnen und krüppeligen Mann wird für sie unmöglich. Geheimnisse des ehelichen Schlafgemaches kommen hinzu. Sechs Monate sind sie verheiratet, und schon sind sie miteinander fertig.

Der Mann besteht auch gar nicht mehr auf eheliche Beziehungen. Bloß das Geld seiner Frau hat es ihm angehen. Sie merkt es und das wurmt sie. Ein Ehevertrage kommt zustande: Dem Ehemann wird eine Rente von 12000 Mark jährlich ausgezahlt. Die Monatsrente bleibt ab und zu aus. Der Prinzegebahl schickt seiner Frau gerichtliche Zahlungsbefehle, hat er kein Anrecht auf deren Vermögen? Sie hat es aber satt, sie drängt auf Scheidung — o, er, der Herr von Heydebrand ist bereit, seiner Gattin die Freiheit wiederzugeben — für eine Kleinigkeit — für die Abstandssumme von 100000 Mark. Sie entsetzt ihn, entzieht ihm den Pflichten, kann aber sexuell nicht von ihm loskommen.

Am 13. Oktober fällt der Schuß: Die schwerkranke unberechenbare Frau konnte wohl den Revolver gegen sich abgefeuert haben. Ihrem Tod war zuerst ein Geschlechtsverkehr mit dem Manne, dann eine Ausprache wegen finanzieller Dinge vorausgegangen; er hatte das Gespräch brüskt abgebrochen nicht den Geschlechtsverkehr und hatte sich schlafend gestellt. Wedemütig moralisch geschlagen, unfähig vom Manne zu lassen, des Lebens satt, der ehelichen Streitigkeiten müde — konnte sie sich da im Augenblick der Gemütsaufwallung nicht selbst vernichten: „Nun sollst du es erleben!“

Die Frau war tot. Man munkelte von Mord. Die von Jobeltik drangen auf Mordanklage — sie ererbten das gesamte Vermögen für sich. Der mutmaßliche Mörder strengte aber zwei Prozesse an. Er socht das Testament an und forderte sein Pflichtteil; er verlangte die Weiterzahlung der Rente auf Grund des Ehevertrages. Wozu hatte er sonst vor einem Jahr geheiratet?!

Das war Herr von Heydebrand. Das — das Gesicht der herrschenden Klasse. Nach außen hin wohlwollend, kühn, sauber, korrekt; innerlich selbsthütisch, schmutzig, angefaßt, geldgierig — ja, geldgierig in erster Linie. Damit richtet sie sich selbst. So ist auch Herr von Heydebrand gerichtet. Zurückst ist er von Rechts wegen freigesprochen, moralisch ist er verurteilt.

Wieder einmal hat sich ein Zipfel des Vorhanges gelüftet, der die Kältnis der herrschenden Klasse verdeckt. Leo Kautskaf

fest im Hotel Germania. Das Fest war von circa 450 Personen besucht. Geboten wurden drei einaktige Theaterstücke, die flott gespielt wurden. Die Spieler erlitten reichen Beifall. Sodann erfreute uns das Korps, das von Schwarzlauer Genossen verstärkt wurde, durch ein paar flotte Marsche. Hiermit fand der offizielle Teil des Festes seinen Abschluß. Ein nachfolgender Ball hielt jung und alt noch ein paar fröhliche Stunden beisammen. Auch hier sah man wiederum, daß sich auch in kleinen Orten, wo der Wille herrscht, viel für unsere Bewegung tun läßt. Darum dem Arbeiter-Sport ein kräftiges „Frei Heil!“

Mecklenburg

Schwerin. Stadterordnete wählen. Am Sonntag fanden die ersten Stadterordnetenwahlen statt und zwar in Neubrandenburg, Friedland, Waren und Crivitz. In Neubrandenburg erhielt die SPD. 2006 (1430) Stimmen, die SPD. 401 (530), die bürgerlichen Listen zusammen 3939 (4122). In Friedland erhielt die SPD. 1427 (1314) Stimmen, die SPD. 302 (401), die Hausbesitzer 214, die Liste der Kaufleute und Arbeiter 577, Beamte usw. 385, Handwerk und Gewerbe 605 Stimmen. Die SPD. konnte ihre Mandatsziffer von 6 auf 8 steigern. Die SPD. verlor von 2 Mandaten auf 1 Mandat und die „Bürgerlichen“ von 11 Mandaten auf 1 Mandat. In Waren erhielt die SPD. 844 (800), die SPD. 522 (518), die „unpolitische“ Liste 196, die Mieterliste 443, die Beamten 356, die Liste für Wohnungsbau und Volkswirtschaft 110 und die Wirtschaftsliste 1338 Stimmen. In Crivitz erhielt die SPD. 292 (344), die Arbeiter 169, die Beamten 139, Handwerker und „bürgerliche“ Vereinigung 368, Liste Hahn 268 Stimmen. (Die eingeklammerten Ziffern sind die Resultate der Stadterordnetenwahl 1924.)

Sternberg. Der rote Hahn in Mecklenburg. Am Sonntagabend morgen gegen 2 Uhr kam auf dem Gute Holzendorf ein schweres Schaderfeuer auf. Das Feuer fand an den großen in der Scheune lagernden Erntevorräten reiche Nahrung und breitete sich rasch aus. Innerhalb weniger Stunden war das ganze Gebäude völlig niedergebrannt. Die gesamte diesjährige Ernte des Gutes und zahlreiche landwirtschaftliche Maschinen und Geräte wurden vernichtet. — In Brühl hat wiederum ein großer Scheunenbrand eine Reihe von Adersbürgern und Handwerkern schwer heimgeschlagen. Wie am letzten Donnerstag abend, so standen auch diesmal am Sonntagabend gegen 10 Uhr hinter den Höfen am Vogelstangenberg gelegene Scheunen, diesmal acht an der Zahl, in einer Gruppe von zehn Gebäuden wieder plötzlich in Flammen, so daß die

herbeieilende Feuerwehr nur noch das Löschen und den Schutz der Nachbargebäude besorgen konnte. Man muß annehmen, daß es sich um das wohlüberlegte Beginnen einer Brandstifterei handelte. Noch erkennbar war es, daß eine Anzahl von Zündschnüren gebraucht ist. Aus den Gebäuden mit ihrem leicht brennbaren Inhalt war nichts mehr zu retten.

Filmschau

Union-Vielfspiele, Engelsgrube. Die Besetzung des Hauptfilms „Die Verzweifenen“ mit ersten Darstellern (Waldy Christians, Margarete Kupfer, Nissen, Goekle u. a.) unterstreicht die Bedeutung dieses nach Erlebnissen von Heinrich Jille zusammengestellten Films. Das Jille-Milieu ist bekannt: Der jüngste Stand, die Armen, Entsetzten und ihre Welt der Spekulation, der Mysterie usw. bilden den Rahmen für die bewegten Schicksale des Ingenieurs, der, um die Ehre einer Frau zu retten, einen Meinelb leistete. Eine Strafendirne wird schließlich zu seinem Schutzhengel; vorzeitig an den Folgen ihres Lebenswandels sterbend, gesteht sie ihm ihre Liebe. Damit die Geschichte aber einen befriedigenden Abschluß nimmt, erbarmt sich die Schwester des reichen Fabrikanten des Welgeplüßten, womit das Problem für ihn gelöst ist. Das Ganze ist gleichwohl von tiefer Wirkung wegen der zahlreichen Glendebilder, die uns aus der Welt des fünften Standes gezeigt werden. — Gigolo, der Tänzer für Geld“ ist einer von den Filmen, die in den Spielplänen der Kinos oft wiederkehren: der arme oder verarmte reizende junge Mann, der die reiche Braut findet und damit das Glück. Diesmal ist es ein junges Fabrikherrchen, dessen Papa alles durchbringt. Der Sohn verunglückt im Kriege als Flieger, findet bei der Heimkehr seine Mutter im Glend sterbend und wird schließlich ein Gigolo, ein bezahlter Tänzer. Da kommt die Jugendsfreundin aus Amerika — Verjöhnung — Verfahrt nach drüben — aus. Wirkungslos ist die Szene, da den Krüppeln im Lazarett Wasserstofflithium und Friede bekannt wird, patend das Spiel des Gigolo. — Kullerfilm und Wagnerschau vervollständigen wie immer die Spielfolge. — Wie wäre es, wenn uns in diesem Theater einmal die Volkswirtschaften gezeigt würde?

Schenkt Bücher zu jedem Fest!

Theater und Musik

Stadttheater

Leonic. Lustspiel (nach Scribe) von Leo Zenz.

Dahin hat also der ewige Schrei nach dem deutschen Lustspiel geführt! Man irrt zurück in den französischen Salonstil des zweiten Kaiserreichs (eventuell früher), nimmt sich aus der Kleinststadt des Theaterfabrikanten Scribe irgend ein beliebiges Stückchen vor, schillert und rüttelt solange daran herum, bis der ganze Pariser Charme, sein einziger Vorzug, endgültig entflohen ist und bleibt dann eine Sauce aus abgedroschenen Verflüchtigen Konjekturen darüber! Welch!

Früher hat man den alten Scribe oft und gern verächtelt. Wegen seiner annehmlich verlogenen und vertischten Sentimentalität!

Heute grübt man ihn wieder aus und findet Vorzüge an ihm, die fehlen. Das „Glas Wasser“ A. B., ein kleines Spielchen voller Grazie und Lustigkeit. In „Leonic“ findet sich allerdings von diesen Vorzügen nichts mehr. Leo Zenz, der höchst persönlich aufweisende Umdichter, hat den „Doigts des Ives“ gerade was genommen, was sie vielleicht mal wieder sehenswert machte, das anmutige und stilisierte Pathos des französischen Salons zwischen Restauration und dritter Republik.

Au dieser Entblätterung des ursprünglichen Stückes muß jede Regie strancheln, muß zwischen dem schwebenden und leicht protesten Pathos der Comedie und der fingerigen Realität vom Bauvogueplay hilflos hin und herpendeln wie zwischen Zella und Charybdis.

Die Theaterleitung aber müht sich mit solch einem Schmarren ab, während ein für die Entwicklung des deutschen Lustspiels so wichtiges Stück wie der „Frühling Weinberg“ im Hausattheater zu Schande geritten wurde. Und um die ganze Geschichte schmacht und untröstlich zu machen, schiebt man eine Modenschau für das Warenhaus Karstadt ein. So hat nur noch gefehlt, daß der Anhaber dieser Schau die Preise gleich mitverlas. Gehört solch eine Kellamessung ins Stadttheater? Ganz abgesehen davon, daß die auch in Aufmachung und Ausstattung eines Stadttheaters unwürdig war.

Die Aufführung war, wahrscheinlich liegt das in der Absicht des Umschreibers, auf ganz groben Publikumsgeschmack gestellt. Ein Höhepunkt Scribe'schen Salonstücker z. B., das Zusammenreffen der Frau von Crochigne und der Marquise Marmer im Modesealon, wird total verflumpt. Wie zwei wilde Käter bellten sich die beiden sich höflichen Damen an, und nachher sind tömischerweise alle Anwesenden entzückt über ihre Vertellungslust und ihre Liebeshwürdigkeit.

Ueberhaupt diese Marquise von Marmer! Frä. Dörr gab sie mit derartiger Grobheit, Uebertreibung und Unbeholfenheit, daß ganze Szenen jede Wirkung verloren.

Von einigen geradezu ausgezeichneten Einzelleistungen des Herrn Moran abgesehen, waren überhaupt nur zwei Menschen auf der Bühne, die ihren Rollen einen Hauch Pariser Leben geben konnten: Frä. Benkhoff und Frä. v. Jankowski.

Bei Herrn Kalvius wußte man nie richtig, ob er der Liebhaber war oder — das Gegenteil! Auch ein jugendlicher Liebhaber hat diese Grundfrage entweder im Aussehen oder amfweise einwandfrei zu lösen.

Die Spielleitung Karl Heidmanns mühte sich, die stark zerrißene Aufführung zusammenzuhalten und steigerte einige Einzelleistungen zu köstlicher Wirkung.

Sprechsaal

(Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion nur die Verantwortung im Sinne des Preßgesetzes)

Preissteigerung auf der ganzen Linie
Die Lübecker Schuhmachervereinigung an der Spitze

Es zeigt sich wieder einmal, daß alle Erörterungen über Preisbau nur theoretischer Natur sind, denn es macht sich eine allgemein fühlbare Aufwärtsbewegung der Preise bemerkbar. Die Praxis sieht eben anders aus. Durch die Preissteigerungen, wie sie aber in den letzten Tagen von der Schuhmachervereinigung durchgeführt worden sind, werden die Arbeitnehmer immer mehr auf den Boden der Selbsthilfe gedrängt. Unseres Erachtens ist es unverantwortlich, daß für Schuhreparaturen

Die Rupplum verbrannt

auch, wenn du schläffst.
Druckerschwärze ist das
Blut des geschäftlichen
Lebens

Du bist infamieren!

Jetzt Presse genommen werden, die 100 und mehr Prozent höher liegen als in der Vorkriegszeit, wobei wir den jetzt geltenden „Gemeinen Tenorindex“ als berechtigt anerkennen wollen. Jedoch möchten wir einmal den Arbeiter, Angestellten oder Beamten kennen lernen, dessen Einkommen sich in demselben Maße vermehrt hat. Da alle staatlichen Maßnahmen verfallen, oder besser gesagt, da vom Staat nichts dagegen unternommen wird, so sind die Arbeitnehmer wieder einmal gezwungen zur Selbsthilfe zu schreiten. Wie sagte doch nach vor kurzem der Herr Reichsfinanzminister: „Es liegt keine Veranlassung zu Preissteigerungen vor!“ Und dabei ist fast alles gestiegen, wenn wir die Preise des vorigen Jahres zum Vergleich heranziehen. Haben denn die Hand- und Gewerbetätigen nicht auch gewisse Funktionen auf diesem Gebiete des Wirtschaftslebens zu erfüllen? Bisher haben wir freilich noch nichts davon verspürt. Na, vielleicht erwachen sie recht bald aus ihrem Dornröschenschlaf, um die sogenannten „Mischpreise“ einmal zu prüfen und Schritte zu unternehmen, um die Verbraucherschaft vor weiteren Preistreibern zu schützen. Spektator.

Partei-Nachrichten

Sozialdemokratischer Verein Lübeck

Sekretariat Johannisstr. 43. 1. Telefon 2243.

Sprechstunden: 11-1 Uhr und 4-6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.



Moisling. Tägliche Genossen, die an der Täglichen-Versammlung in Lübeck am Mittwoch, dem 9. November teilnehmen wollen, müssen sich Karten beim Gen. Reppenhagen abholen!

Schlutup. Sozialdemokratischer Verein. Mittwoch, den 9. November, abends 8 Uhr bei Saborowski Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen Pflicht!

Rüdigh. SPD. Mittwoch, den 9. November, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung bei Diedelmann. Genosse Ahrenholdt spricht über den 9. November.

Travemünde. SPD. Mittwoch, den 9. November, abends 7 1/2 Uhr, Versammlung im „Kolosseum“. Tagesordnung: Der 9. November. Redner: Gen. Dreger.

Sozialdemokratische Frauen

Marli. Dienstag, den 8. November, abends 8 Uhr in der Schule Heinrichstraße: Versammlung. Unser Programm: Aussprache über unsere Werbeweise, Vieder zur Laute und Vorlesungen.

Sozialistische Arbeiter-Jugend

Büro: Johannisstraße 43. 1.

Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 5 1/2-7 1/2 Uhr

Achtung, Unterbezirk. Die Bilder von Rostenburg sind am Mittwoch abend von 7-8 Uhr im Heim Sinti zu haben. Preis pro Bild 40 Pfg.
Rüdigh. Mittwoch, den 9. November, gehen wir zur Revolutionsfeier bei Diedelmann. Wir treffen uns um 7 1/2 Uhr an der Schule.
Moisling. Kommt alle am Mittwoch, dem 9. November, abends 7 Uhr zum Heimabend in die Moislinger Schule!

Proletarischer Sprechchor

Dienstag, den 8. November, pünktlich 8 Uhr abends treten im Gesellschaftshaus Carl. Es muß unbedingt jeder kommen.



Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Geschäftsstelle Hundestr. 52

Wohlfahrt von 11-1 und von 3-6 Uhr

Kameradschaft Steno. Versammlung am Mittwoch, dem 9. November, abends 7 1/2 Uhr im alten Konsum-Gebäude. Erscheinen sämtlicher Kameraden erforderlich, da wichtige Tagesordnung.

Gewerkschaftliche Mitteilungen

Metalarbeiter-Jugend. Mittwoch 8 Uhr Regatationsgruppe. Umhängebänder müssen wie im Jugendbuche in die Stellung nehmen.

Arbeiter-Sport

Tourenverein „Die Naturfreunde“. Volkstanzgruppe: Übungsabend jeden Freitag von 7-9 Uhr in der Turnhalle der Marienstraße; 7-7 1/2 Uhr von Volkstanzgruppen. Arbeitgemeinschaft der Naturfreunde: Arbeiten in der Dunkelkammer jeden Montag von 8 1/2-9 1/2 Uhr. 8. November: Vorstandssitzung beim Gen. Reppenhagen. 9. November: Mitgliederversammlung mit Vortrag im Gesellschaftshaus, 8 Uhr.

Arbeiter-Radklub Deutschland e. V., Ortsgruppe Lübeck. Aufsicht: A. Rahlfs. Monatsprogramm: Jeden Dienstag abend 8 Uhr Vorträge und Radabend, außerdem am Donnerstag, dem 10. November, Versammlung im „Weißen Käse“, Marienstraße 15, wichtige Tagesordnung. Selbstgebaute Apparate und Einzelteile für die Radfahrerstellung am 20. November können die Mitglieder am Dienstag, dem 16. und Freitag, dem 14. November von 8-9 Uhr im Klublokal abgeben.

Arbeiter-Angler-Sportverein Lübeck. Die Bilder von Rostenburg sind im Arbeiter-Sportklub zur Verfügung ausgesetzt. Bestellung derselben beim Vrt. Die Bilder sind äußerst billig.

Wetterbericht der Deutschen Seewarte

Das umfangreiche Tiefdruckgebiet, das sich von Nordrussland über die südlichen Ostseeländer und die Nordsee bis England erstreckt, zeigt keine Teilweise von 140 Millimeter Druck, die an den deutschen Küsten trübere Wetter mit Regenschauern und teilweise böigen nordwestlichen Winden verursachen. Das Hoch von Dänemark südlich Island bringt nur langsam vor und erzeugt einen Kaltluftdruck bis nach den Azoren. Vorläufig bleiben wir im Tiefdruckgebiet.

Wahrscheinliche Witterung am 8. und 9. November
Mäßige südliche bis westliche Winde, wolfig bis bedeckt, Regenschauer, wenig Temperaturänderung.

Schiffsnachrichten

Abged. Dänische Alltagsgesellschaft
D. „Danag“ ist am 5. November 10 Uhr von Danzig nach Danzig abgegangen.
D. „Sankt Lorenz“ ist am 5. November 20 Uhr von Danzig nach Riga abgegangen.
D. „Sankt Gertrud“ ist am 6. November 11 Uhr von Remele nach Stettin abgegangen.

Abgegangene Schiffe
7. November
M. Alma, Kapl. Schäfte, nach Rostburg, 2 Tg. — M. Ingo, Kapl. Gustafson, nach Rostburg, 3 Tg. — D. Blüchermeister, Kapl. Hammer, nach Rostburg, 4 Tg. — M. Hermann, Kapl. Jensen, nach Rostburg, 3 Tg. — D. Seeadler I, Kapl. Meves, nach Rostburg, 3 1/2 Tg. — D. Finland, Kapl. Lindström, nach Riga, 3 Tg. — D. Hag, Thiesgen, Kapl. Mitschke, nach Rostburg, 4 1/2 Tg. — D. H. D. Jppen 14, Kapl. Klehn, nach Stettin, 3 Tg.
8. November
M. Fliet, Kapl. Carlsson, nach Rostburg, 2 Tg. — M. Eitel, Kapl. Christensen, nach Rostburg, 2 Tg.

Abgegangene Schiffe
7. November
M. Herbert, Kapl. Bartels, nach Rostburg, 2 Tg. — D. Björn, Kapl. Edmann, nach Danzig, 1 Tg. — D. Ulrica, Kapl. Janson, nach Selsingfors, 1 Tg. — D. Gullberg, Kapl. Mattsson, nach Rostburg, 1 Tg.

Abgegangene Schiffe
8. November
D. Glöckburg, Kapl. Holm, nach Lowestoft, 1 Tg. — D. Wlf. Kunsmann, Kapl. Santowski, nach Emden, 1 Tg.
9. November
D. „Wiborg“ ist am 5. November 24 Uhr von Lübeck nach Danzig abgegangen.
D. „Bürgermeister Eichenburg“ ist am 6. November 6 Uhr von Altona nach Lowestoft abgegangen.

Verantwortlich für Politik und Volkswirtschaft: Dr. J. Weber.
Für Freiheit Lübeck und Heiligkeit: Hermann Bauer
Für Interate: Carl Kischel
Druck und Verlag: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten

SALEM ZIGARETTEN

Die Lieblingsmarken der
breiten Volksschichten in
allen Sorten unüber-
rassene Höchstleistungen.



Vordresslich bis zum letzten Zug!

Tomaten-Kisten

Ca. 1500 holländische
hat billig abzugeben der
**Konsumverein für Lübeck
u. Umgegend e. G. m. b. H.**
Sanjastraße 160

Organisiert Euch politisch!

Sonder-Angebot!
Prima Industrie-Speisetartoffeln
ab Waggon Produktenstrang
pro Zentner 4.15 RM.
frei Haus 4.35 RM. nur solange Vorrat reicht.
C. Woeste Schützenstraße 28
Telephon 22019

Werbt unablässig für eure Zeitung!

**Junker & Ruh
Gaskocher**
die führende Marke
Heinr. Pagels
Lübeck
Das Haus für Gas, Wasser, Licht

Kartoffeln

Eierkartoffeln
Lange gelbe
Odenwälder blaue
Industrie
Breußen 6084
Magnum-bonum
Speisetartoffeln
la gutkochende Ware,
Zentner 4.50 RM.
Futterkartoffeln
zum billigsten Tages-
preise empfiehlt

Wilh. Süfke
Schwartzauer Allee 46a
Fernruf 27 832

Leder

im Auschnitt 6668
Schuhwaren
aller Art billig.
Heinr. Beckmann
Reiferstraße 3

Tabeten

billig 6675
Engelsgr. 49

An unsere Suberenten

Anzeigen
von größerem Umfange
bitten wir
**einen Tag vor
dem Erscheinen**
aufzugeben, weil andern-
falls keine Gewähr für
Aufnahme gegeben wer-
den kann.

Kleine Anzeigen
erbitten wir wästelns
bis 10 Uhr vorm.
Anzeigen-Abteilung
Lübecker Volksbote
Johannisstr. 46



Eine Hand schafft für zehn

wenn Sie sich bei Ihrer täglichen Putzar-
beit durch VIM helfen lassen.
Müheles putzt, scheuert und poliert VIM
alles und bringt strahlende Sauberkeit in
Küche und Haus, in Werkstatt und Ge-
schäft.
VIM kratzt nicht und greift nichts an.
Wer VIM kennt, will's nimmer missen.



„Sunlicht“ Mannheim